

Bezugspreis:
Mietpreis 30.- M. monatlich 10.- M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 10.- M. einjähr. 100.-
M. halbjährlich 50.- M. Unter Vorbehalt für
Deutschland, Danzig, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich,
Ungarn und Luxemburg 20.- M. für
das übrige Ausland 27.- M. Post-
bestellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Volk und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Siedlung und Rietgarten“
erscheint wochentags zweimal, Sonntags
und Montage einmal.

Telegraphisch - Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Mittwoch, den 10. August 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Lloyd George gegen Gewaltpolitik.

Paris, 9. August. (M.B.) Bei der heutigen Vormittags-
sitzung des Obersten Rates ist keine Entscheidung in der Frage der
Entsendung von Truppenverstärkungen getroffen worden. Die Rede,
die Lloyd George in der heutigen Vormittagsitzung des Obersten
Rates gehalten hat, wird von „Havas“ in folgender Fassung ver-
breitet:

Lloyd George zeigte den Ernst des oberschlesischen Problems,
eins der verwickeltesten, das je den Obersten Rat beschäftigt habe.
Die Verantwortung der Allierten wird ungeheuer, wenn nach der
Verantwortung der erfolgten Entscheidung ein Konflikt ent-
stehen werde. Lloyd George bemerkte, daß die Regelung des ober-
schlesischen Problems ganz besonders den drei Mächten zufalle, die
die Aufgabe übernommen hätten, die Volksabstimmung in Gemäß-
heit des Friedensvertrages von Versailles durchführen zu lassen,
also Frankreich, Italien und Großbritannien. Die beiden letzten
Mächte hätten in der Frage die gleiche Ansicht. Der französische
Standpunkt sei verschieden. Man müsse versuchen, die in Frage
kommenden Theorien auszugleichen, denn der Weltfrieden hänge von
der Entscheidung, die getroffen werde, ab. Die Regelung der Frage
könne nicht auf Kosten der Mehrheit der schlesischen
Bevölkerung erfolgen. Zur näheren Kennzeichnung dieser
Mehrheit entwickelte Lloyd George die Geschichte Oberschlesiens, das
zum Teil deutsch und zum Teil österreichisch gewesen sei. Deshalb
habe man im Verlaufe der Friedenskonferenz nicht zugestanden,
daß seine Bevölkerung ein homogenes Ganzes darstelle. Diese
Ansicht sei durch das Ergebnis der Volksabstim-
mung bestätigt worden.

Man dürfe nicht aus Oberschlesien ein neues
Elb-Lochringen machen.

Die gesamte Bevölkerung von 5 200 000 enthalte nur 1 200 000 Polen.
Das britische Reich würde niemals eine Lösung annehmen, die
darauf keine Rücksicht nehme. Lloyd George schlug alsdann vor,
die Frage nochmals durch Sachverständige prüfen
zu lassen.

Der Vorschlag wurde angenommen.

Die Prüfung wird auf folgenden Grundlinien erfolgen:

1. Alle Stimmen müßten für die Zuspredung des
Gebietes an die eine Obermacht gezählt werden. Die Zu-
spredung könne nicht gemeindeweise erfolgen, sondern
entsprechend der Mehrheit, die sich herausgebildet habe.
2. Einzig und allein das Industriegebiet würde als unteil-
bares Ganzes betrachtet, das das Herz Oberschlesiens sei.
Die Industriezone, die viel ausgedehnter sein solle, als es der
französische Vorschlag vorbringe, sei eine künstliche Schöpfung.
Das Industriegebiet müsse Deutschland zuge-
sprochen werden, das dort die Mehrheit erlangt habe.
3. Die industriellen Gemeinden seien vonein-
ander untrennbar, denn sie bildeten eine eigene wirtschaft-
liche Einheit.

Lloyd George sagte zum Schluß: Er verstehe vollkommen den
Wunsch Frankreichs, Garantien in bezug auf seine Sicherheit
zu haben. Der Oberste Rat werde sicher darauf Rücksicht nehmen.
Wenn Frankreich aufs neue ungerade angegriffen werde, so werde
das gesamte britische Reich wie in der Vergangenheit an seiner Seite
stehen. Aber Frankreich sei augenblicklich nicht in
Gefahr. Es müsse von seinem Sieg nur mit Mäßigung und
nach Billigkeit Gebrauch machen.

Der Berichterstatter von „Havas“ fügt diesem Bericht hinzu,
der Eindruck, den man aus der Vormittagsitzung habe, sei, daß
man sich einem Kompromiß nähere.

Briands Antwort.

Paris, 9. August. (G.E.) Um 4.30 Uhr wurde die Sitzung wieder
eröffnet mit einer Antwortrede Briands auf die Ausführungen
Lloyd Georges, über die bisher folgender Bericht vorliegt:

Briand erklärte zunächst, daß die französische Politik
keinerlei brutalen Charakter habe, aber England müsse sich darüber
Rechenschaft ablegen, daß es Sieger und Besiegte gäbe.
Der Versailler Vertrag habe die Verantwortlichkeiten festgelegt. Die
edelmütig auch die Haltung Frankreichs sein möge, so könne es doch
nicht zugeben, daß die Besiegten ein bevorzugtes Schick-
sal hätten (?). Die Alliierten hätten die Entscheidung getroffen,
Polen wieder aufleben zu lassen. Infolgedessen müsse man Polen
die Möglichkeit geben, zu leben. Die Grenze Polens wurde vom
völkerrechtlichen Standpunkt sorgfältig studiert. Die Friedenskon-
ferenz hatte zuerst einstimmig den Willen, Oberschlesien den Polen
zuzuweisen. Daraus folgte, daß sich Polen große Hoffnungen be-
züglich Oberschlesiens gemacht habe, die man nicht zu sehr enttäuschen
dürfe.

Briand bemüht sich, zu beweisen, daß Oberschlesien keineswegs
deutsch sei. Er erklärt, daß er seine Argumente aus deutschen
Büchern schöpfe (!) und protestiert gegen die Behauptung Lloyd Ge-
orges, indem er erklärt, daß Frankreich niemals die Absicht hatte,
die Stimmen der Arbeiter als weniger wertvoll anzusehen als die
der Landleute. Sodann spricht Briand eingehend über das In-
dustriegebiet und schließt seine Rede mit der Versicherung, er hoffe,
man werde zu einem Einvernehmen gelangen. Falls dies nicht mög-
lich sei, würden unberechenbare Folgen entstehen. In

jedem Falle aber werde sich die französische Regierung sehr versöhn-
lich zeigen.

Nach einer kurzen Unterbrechung der Sitzung erörterte man
sodann die orientalische Frage.

Die neuen Instruktionen der Sachverständigen.

Paris, 9. August. (M.B.) Nach dem „Temps“ lauten die
neuen Instruktionen, die den Sachverständigen für ihre Be-
ratungen gegeben wurden, wie folgt:

1. Jede Stimme muß nach ihrem Werte in Betracht
gezogen werden, man kann nicht zulassen, daß die Stimme eines
Bauern mehr wert sei als die eines Handwerkers.
2. Die industrielle Einheit, die sich zugunsten Deutsch-
lands mit zwei gegen eine Stimme ausgesprochen hat, müsse Deutsch-
land zugesprochen werden.
3. Die dem Industriegebiet benachbarten Gebiete
müssen Gegenstand ernster Beratung und Prüfung sein, damit fest-
gestellt werde, in welcher Weise sie dem Industriegebiet angegliedert
werden können.

Auf der Pariser Konferenz, die über Oberschlesiens Schick-
sal entscheiden soll, standen sich gestern Briand und Lloyd
George gegenüber. Ihre Ausführungen lassen keinen Zweifel
darüber, daß mit einer neuen Grenzfestsetzung zu rechnen ist.
Nicht ob Oberschlesien in seiner Gesamtheit deutsch bleiben soll,
stand zur Debatte, sondern die Frage, wem das Industrie-
gebiet zugesprochen werden wird. Lloyd George fand
beachtenswerte starke Worte dafür, daß es zu Deutschland ge-
höre. Ihm entgegnete Briand. Hatte Lloyd George in durch-
aus sachlicher Weise die Ergebnisse der Volksabstimmung und
die ökonomischen Zusammenhänge für seine Auffassung ins
Feld geführt, so verlor sich Briand in Darlegungen, die mit
der Volksabstimmung und dem Friedensvertrag nichts mehr zu
tun hatten. Sein stärkstes Argument war, daß der Oberste Rat
für die weitere Entwicklung Polens verantwortlich sei und daß
er deshalb ihm Oberschlesien zusprechen müsse. Um das fest-
zustellen, hätte man sich das ungeheuerliche Aufgebot des Volkes
zur Abstimmung, den Bürgerkrieg in Oberschlesien und die
schweren internationalen Konflikte, die sich daran knüpften,
ersparen können. Lloyd George ließ glücklicherweise keinen
Zweifel darüber, daß England sich nicht dazu hergeben würde,
einseitige Machtansprüche Frankreichs gegen den besiegten
Gegner mit Waffengewalt zu unterstützen. Die reaktionäre
Presse wird daraus schließen, daß der englisch-französische
Konflikt sehr weit gediehen sei. Demgegenüber steht aber die Er-
klärung Lloyd Georges, daß England im Falle der Ver-
teidigung Frankreich beistehen würde. Mehr als alles
andere zeigen diese Tatsachen, daß Deutschland zu einer völligen
Passivität gegenüber den Pariser Beschlüssen verurteilt ist.

Wir sollten es begrüßen, daß Lloyd George zum
erstenmal öffentlich von der Politik des fran-
zösischen Säbelrasselns abgerückt ist. Seine Er-
klärung hat denn auch den Eindruck nicht verfehlt. Die Sach-
verständigen erhielten neue Weisungen und sollen auf der
Grundlage der englischen Forderungen neue Vorschläge unter-
breiten.

Alles in allem hat es den Anschein, daß es zu einem fran-
zösisch-englischen Kompromiß kommen wird, allerdings
nicht in dem Sinne, wie die französischen Chauvinisten es
sich gedacht haben. Wenn auch mit dem ungeteilten Ober-
schlesien kaum mehr zu rechnen ist, so wissen wir doch, daß die
w i l l k ü r l i c h e Teilung, wie sie die Korfanty-Linie und später
die Sporna-Linie vorzahn, als abgetan angesehen werden
kann. Freilich bedeuten schon die jetzigen Vorschläge der
englischen Regierung den Verlust der Kreise Pleß und Rybnik,
also der wichtigsten Kohlenvorratslager, auf die sich die ver-
arbeitende Industrie Oberschlesiens stützt. Schon sie greifen
stark in die wirtschaftlichen Zusammenhänge ein, die nach
deutscher Auffassung nicht gestört werden dürfen, ohne die
Lebensfähigkeit Oberschlesiens zu gefährden.

Man darf sich deshalb darüber keiner Täuschung hingeben,
daß die Entscheidung der Pariser Konferenz in jedem Falle
schwere politische Gefahren für das Deutsche Reich herauf-
beschwören wird. Eine Entscheidung wird fallen, und das Redu-
ell zwischen Briand und Lloyd George hat weder in Paris
noch in London den Eindruck hinterlassen, daß die Entente in
die Brüche geht. Darum wird Frankreich nachgeben müssen.
Tut es das, so leistet es der Völkerverständigung einen besseren
Dienst, als wenn es entgegen dem Friedensvertrag Polens
ungerechtfertigte Ansprüche auf Gebiete unterstellt, deren
deutsche Mehrheit zweifellos und deren wirtschaftliches Ge-
deihen nur im Zusammenhang mit Deutschland denkbar ist.

Die Angst vor Zwischenfällen.

London, 8. August. Reuter erklärt, daß die größte Vorsicht
geübt werde, um irgendwelche Zwischenfälle in Ober-
schlesien während der Konferenz des Obersten Rates zu ver-
meiden. Die britischen und die französischen Kommissare handel-
ten bei den zunächst getroffenen Vorkehrungen in vollkommener
Übereinstimmung.

Der republikanische Gedanke.

Die Verfassungsbewegungen des neunzehnten Jahrhun-
derts sind untrennbar mit dem republikanischen Gedanken ver-
bunden. Der Wille des Volkes, über seine Geschichte mitzu-
bestimmen, verfuhr sich schon am Ende des achtzehnten Jahr-
hunderts in Europa und Amerika durchzusetzen. Er ist in
seinem Wesen, wenn auch durchaus nicht immer in seiner
Wirksamkeit, demokratisch. Alle Kämpfe um demokratische und
republikanische Ideen sind überdeckt von Interessentkämpfen,
von Auseinandersetzungen der um die Herrschaft ringenden
Klassen. So sehr diese Bewegungen in ihren Anfängen bür-
gerlich und liberal waren, sie haben das gemeinsame Kenn-
zeichen, daß sie sich auf stets breiter werdende Massen des
Volkes stützen. Der zeitweilige Sieg militaristisch-konstitution-
eller Ideen besiegte den Staatsapparat noch in den Händen
kleiner, zielbewusster Kasten. Aber unter ihnen floß die Ent-
wicklung weiter und bereitete den Boden, füllte die Köpfe mit
den Gedanken der Demokratie und der Republik.

In Deutschland sind die Auseinandersetzungen zwischen
dem Alten und dem Neuen durch Jahrzehnte in schärfster Form
geführt worden. In England hat die regierende Schicht im
Gegensatz dazu Schritt für Schritt, oft widerstrebend, aber
immer noch fünf Minuten vor zwölf nachgegeben. Eine ganz
andere Entwicklungsreihe machte der demokratische Gedanke in
den Vereinigten Staaten von Amerika durch. Dort ist er seit
1776 das geschriebene Recht des Volkes. Man muß dem-
gegenüber aber feststellen, daß die Gedanken Washingtons und
Benjamin Franklins seither das Gehäuse für eine heute gerade-
zu ungeheuerlich erscheinende kapitalistische Ausbeutungs-
maschine hergegeben haben.

England gilt als die Mutter des Parlamentarismus
und des Wahlrechts. Seine Grundrechte sind so alt, durch die
Jahrhunderte in den Blutkreislauf des Volkes so völlig einge-
drungen, daß Großbritannien noch heute keine geschriebene
Verfassung besitzt. Dennoch gab der Ideeninhalt der englischen
Staatsrechte Kraft genug, um die ganze Welt zum Käufer der
englischen Industrie zu machen. Dabei ist das englische Volk
im vergangenen Jahrhundert bis nahe an die Gegenwart heran
sehr wenig befragt worden. Noch in den vierziger Jahren
waren in England zum Unterhaus nur verschwindend geringe
Teile der Bevölkerung wahlberechtigt. Erst in Auswirkung
des Weltkrieges erhielt Großbritannien ein wirklich demokrati-
sches, allgemeines Wahlrecht, das auch auf die Frauen aus-
gedehnt wurde. Das Oberhaus ist seither in seinen Machtvoll-
kommenheiten immer weiter zurückgedrängt worden. Das
deutet sich im besonderen darin an, daß heute in allen Geld-
angelegenheiten, in den Fragen der Finanzgesetze, das Unter-
haus, das Volk allein zuständig ist.

Die amerikanische Verfassung ist in den revolution-
ären letzten Jahrzehnten des achtzehnten Jahrhunderts ge-
wachsen. Sie gründet sich auf die Lehre von der Souveränität
des Volkes. Man war gegen jede Art von Regierung mit
Misstrauen erfüllt. Der politische demokratische Gedanke hat
sich auch in Amerika im vergangenen Jahrhundert sichtbar
weiter entwickelt, allerdings ohne dem Proletariat viel zu
geben. Erst der Weltkrieg, die Rolle, die das Re-
gierungsoberhaupt der Vereinigten Staaten bei dessen Aus-
gang und bei der Gestaltung des Vertrages von Versailles
einnahm, schuf bedeutende Konflikte zwischen dem Volk und der
regierenden Gewalt.

Seit der riesenhafte Welle der großen Revolution ist
Frankreich das Muster der Bergegenständlichung des
demokratischen Gedankens in der Staatsverfassung geworden.
Das hat aber dieses Land nicht vor sich immer wiederholenden
schweren Erschütterungen geschützt. Seit 1791 hat Frankreich
und ein Duzend grundlegende Verfassungsänderungen erlebt.
Sie sind aber alle, ganz gleich, wohin sie zuerst zu treiben
drohten, immer wieder den zunehmend breiteren Weg des
demokratisch-republikanischen Gedankens gestossen. Wenn heute
in Frankreich der Arbeiter nur geringen politischen Einfluß
hat, so liegt das nicht an dem Regierungssystem, sondern daran,
daß die sozialistische Bewegung schwach und zerplittert ist.

Die Verfassung der Schweiz gilt und gilt noch heute
dem Bürgertum als die edelste Staatsform des demokratischen
Gedankens. Auch die deutsche Arbeiterbewegung ist jahr-
zehntelang in ihren politischen Forderungen durch das Staats-
grundgesetz der Schweizer Eidgenossenschaft mit bestimmt
worden. An der deutschen und der russischen Regierungsform
sahen aber auch dieser Strom neuer politischer Gedanken
machtlos vorbeizustreichen. Alle Kämpfe, die in den letzten
Jahrzehnten vor dem Krieg unter der Führung des deutschen
Proletariats gegen die monarchistisch-konstitutionelle, in Wirk-
lichkeit absolutistische Staatsidee geführt wurden, erreichten
nur geringe Abbröckelungen an dieser mittelalterlichen Feste
feudal-aristokratischer Ideen.

Weit draußen in der Welt änderte sich dennoch allerlei.
Um die Jahrhundertwende lebten von den Völkern der Erde,
soweit sie überhaupt schon zur Bildung einer festen Staatsform
gekommen waren, noch über eine halbe Milliarde Menschen
in Autokratien. Rußland und China waren die beiden
Capitelle dieser Regierungsform. Wenn wir das damalige

Deutschland weitherzig zu den konstitutionellen Monarchien zählen, ergeben sich in jener Zeit für Europa rund 300 Millionen Menschen, die unter diesem Regierungssystem leben. Sonst auf der Welt konnte nur Japan zu den konstitutionellen Monarchien gezählt werden. Die Freistaaten der Welt hatten etwa 188 Millionen Seelen innerhalb ihrer Grenzpfähle.

Die jüngsten zwanzig Jahre wandelten dieses Bild. Dismarck prägte einmal das Wort, das gegen die Demokratie nur Soldaten heißen. Er hat übersehen, daß die allgemeine Wehrpflicht, die als Herrschaftsinstrument im besonderen in den europäischen Monarchien und in erster Linie in Deutschland ausgebaut wurde, die Bewaffnung des Volkes, die Lebendigmachung des einzelnen bedeutet. Es kam der Sturm von 1914 bis 1918, der über die ganze Welt segte. Jahrtausende alte Autokratien wurden zertrümmert. Schon vorher — es war ein Signal — entstand aus China eine Republik; andere Länder folgten. Die Auswirkungen des Weltkrieges zerbrachen Rußland und die letzten Hoffnungen aller Reaktionen, Deutschland und Oesterreich-Ungarn.

Monarchisch-autokratisch werden jetzt auf dem Erdball nur noch einige asiatische Staaten kleineren Umfanges regiert. Persien und Siam sind dabei die größten. Die Zahl der konstitutionellen Monarchien hat erheblich abgenommen, die Freistaaten haben bedeutenden Zuwachs erhalten. Heute leben auf der Erde nicht mehr wie um die Jahrhundertwende, etwa 800 Millionen Menschen unter autokratischen oder konstitutionellen Monarchen und 188 Millionen in Freistaaten; sondern nur noch 220 Millionen dort und 768 Millionen hier. Natürlich sind diese Zahlen nur das Neueste. In den Monarchien Englands und Italiens hat der König gegenüber der parlamentarischen Demokratie des Volkes nicht mehr viel zu sagen, andererseits kann man nicht behaupten, daß heute Rußlands Regierungssystem einer republikanischen Staatsform sehr ähnlich sehe.

Wenn wir aus dem engen agitatorischen Kreis des politischen Tagesstreites hinausgehen, dann finden wir, daß die politische Geschichte Europas, ja der Welt im ganzen vergangenen Jahrhundert ein Siegeszug des demokratisch-republikanischen Gedankens ist. Die Aufgabe des Sozialismus ist es, unser Jahrhundert aus der kapitalistischen Weltwirtschaft heraus in die friedliche Gemeinwirtschaft der Welt überzuführen.

Die Steuerüberwälzung.

Wir konnten in jüngster Zeit das Blatt des Herrn Stinnes verschiedentlich als Zeugen dafür anführen, daß die bisherige Steuerpolitik des Reiches den Besitz noch niemals ernsthaft in seiner Substanz getroffen habe. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ setzt ihre Untersuchungen über die Steuerfragen jetzt weiter fort. Sie beschäftigt sich mit der Frage der Steuerüberwälzung. Wir können durchaus zustimmen, wenn festgestellt wird, daß es nicht richtig ist, daß die direkte Steuer den, der sie zahlt, auch endgültig belaste. Ebenso wenig ist es nicht richtig, daß eine Steuer vom Konsum nur auf den breiten Massen liegen bleibt. Wohl aber ist richtig — so schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ — „daß beide Gruppen von Steuern in einem Ueberwälzungsprozeß eingehen, nach dessen Abschluß die Steuerlast ganz an andere Personenträger tragen, als diejenigen, die zunächst die Steuerlast bezahlen.“ Dieser dunkle Prozeß der Steuerüberwälzung ist bisher in der Steuergegebung noch nicht berücksichtigt worden, deswegen haben wir ja auch an den neuen Steuerplänen der Reichsregierung so viel auszusetzen. Auch sie wandeln auf den alten Wegen und versuchen, auf ihnen Unmögliches zu erreichen.

Der Grundgedanke der Steuerreform muß sein, daß an die Quelle der Verdienste gegangen wird, daß der Steuerüberwälzungsprozeß entsprechend berücksichtigt wird, und daß das Reich den niemals zu leistenden Umweg vermeidet, aus

Papiererträgen Goldwerte zu schaffen. Keine der bisher der Öffentlichkeit unterbreiteten Beststeuern und auch die übrigen Steuervorlagen bieten diese Möglichkeit.

Frauen als Laienrichter.

In festener Uebereinstimmung schimpft die gesamte Rechtspreffe über den Entwurf des Gesetzes, der die Heranziehung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenennamen vorseht. Der Reichsrat hatte den Entwurf, wie wir seinerzeit ausführlich mitteilten, abgelehnt. Die „Tgl. Rdsch.“ geht in dem Kampf gegen die Frau sogar so weit, der Reichsregierung vorzumwerfen, daß sie mit der Vorlegung des Entwurfes, den der Reichsrat doch abgelehnt habe, ungesetzlich handle. Wir wollen den braven Deutschen nicht übernehmen, daß sie die Verfassung der deutschen Republik nicht kennen. Der Artikel 69 der Reichsverfassung gibt nämlich der Regierung das Recht, eine im Reichsrat abgelehnte Vorlage bei dem Reichstag einzubringen. Wir hoffen, daß die Befürchtung, die ein Landgerichtsrat vor einiger Zeit im „Tag“ aussprach, daß der Reichstag das Gesetz annehmen wird, sich erfüllt. Kommt überdies in Zukunft bei dem Gesetz zwischen dem Reichstag und Reichsrat keine Einigung zustande, und besteht der Reichstag auf der Annahme des Gesetzes, so kann der Reichspräsident binnen drei Monaten einen Volksentscheid anordnen.

Die Ablehnung des Reichsrates ist an sich, wie die „S. R.“ schreibt, nicht so verwunderlich, da der Reichsrat ja schon öfter einen stark reaktionären Geist geoffenbart hat. Interessant ist aber die Begründung der Aufassung des Reichsrates. Es heißt da, die Frau sei mehr als der Mann „gefühlsmäßigen Einflüssen“ unterworfen. Die Frau befinde sich öfter in einem Zustand „erhöhter Reizbarkeit“. Die Frau stehe an „Entschlußfähigkeit“ und an „Kraft zu energischem Durchgreifen“ hinter dem Manne zurück. Die Frau verweiche die Strafrechtspflege usw.

Ein Blick in die frauenreinen Gerichtsstuben zeigt zur Genüge, daß auch die männlichen Rechtsfinder des öfteren recht stark „gefühlsmäßigen Einflüssen“ unterliegen. „Erhöhte Reizbarkeit“ findet sich auch bei Juristen, die sonst über eine wunderbare Ruhe verfügen. Was aber die Verweichlichung der Strafrechtspflege betrifft, so ist zu sagen, daß die Urteile sonst sehr spartanisch gefassten Herren oftmals recht „weichlich“ sind und wiederum Urteile sonst ganz braver Turteltauber drakonischen Geist atmen. Weichheit und Härte des Urteils hängt von ganz anderen Dingen ab als von dem Unterschied der Geschlechter. Aber man braucht sich ja über die Ansichten des reaktionären Juristenelementes nicht mehr zu wundern. Leute, die ein Argument „verzopfen“ wie diese — ein Mann unterwerfe sich nicht dem Urteil einer Frau —, müssen als Wahrer und Pfleger des Rechtsgefühls und des Gerechtigkeitssinnes wirklich etwas recht merkwürdig erscheinen.

Baltikum-Orden für Tanzvergnügen.

Wie das „Organ der Varietéwelt und Kabarettchau“ triumphierend mitteilt, fand kürzlich auf Borkum ein Tanzvergnügen für — in Rot geratene Baltikum-Orden statt. Das Projekt hat der ehemalige Führer der Freischärler, Oberst v. Diebitz. Ein Kabarettist namens Karl Stöhr bemühte sich um den Erfolg des Abends im „Grünen Tanzpalast“. Nach den Feterlichkeiten teilte Diebitz in großzügiger Weise an alle, die das Fest hatten verschönern helfen, Orden aus. Stöhr erhielt das Baltikum-Ordenskreuz II. Klasse, Herr Otto Kämpfer, der Besitzer des Hotels Kollerhof, Polizeirat Bannier, Dr. Busch wie die Herren Schmitz, Dolores und Petermann erhielten die Baltikum-medaille.

Daß die Mittelung aus Borkum stammt, nimmt nach den zahlreichen Skandalen der letzten Zeit, die sämtlich in Borkum vorgefallen sind, nicht mehr wunder. Eine äußerst zweifelhafte Rolle spielt Oberst v. Diebitz, der unseres Wissens Russe ist, und ehemals der Bermon-Axakow-Horde angehörte. Das Reichsmehrministerium täte gut, sich in eingehender Untersuchung mit dem Verhalten des freigegebenen Oberst zu beschäftigen.

32 und 8, Ungarn ebensoviel, die Türkei 32 und 1, Griechenland 31 und 1, Rumänien 30 und 3, Lettland 23 und 8, die Ukraine 24 und 4, die Tschechoslowakei 13 und 8, Litauen 16, Georgien 15 und 1, Estland 11 und 5, Jugoslawien 12 und 1, Finnland 8 und 3, Luxemburg 9 und 1, Schweden 6 und 2, die Niederlande, Spanien und Mexiko je 5, Großbritannien und Norwegen je 4 und 1, Aserbeidschan 4, Dänemark 2 und 1, Italien 1 und 1, Belgien 1. Wie man sieht, fehlt in der Liste nur Frankreich. Aus den anderen Erdteilen kamen: aus Afrika 73, aus Asien 50 und 1, aus Amerika 23 und 3, Staatenlos sind 10 und 3. Die gesamte Ausländerziffer beläuft sich danach auf 1188.

Ein neuer Himmelskörper? Eine aus Cambridge (Amerika) an die Zentralstelle für astronomischen Nachrichten in Brüssel gerichtete Depesche meldet, daß am Sonntag bei Sonnenuntergang mit blohem Auge ein Stern beobachtet werden konnte, der in seinem Glanze der Venus gleich war und südlich der Sonne stand. Es handelt sich wahrscheinlich um einen Kometen oder um einen neuen Stern.

Der erste Weltkongreß der Weltsprache „Ido“ (Wissenschaftlich präpariertes Esperanto) wurde in Wien eröffnet. Es sind 200 Vertreter aus fast allen Ländern Europas anwesend. Zum Präsidenten wurde Schneiderberger-Schillingen gewählt, der schon dem zweiten Esperantokongreß im Jahre 1906 präsiert hatte. Neben ihm sitzen Venus-Desau, Kibberg-Stockholm, de Guesnet-Paris und Vogler-London im Präsidium. „Ido“ beginnt jetzt nach erfolgter Reorganisation seine durch den Krieg unterbrochene Arbeit.

Abbestimmen. Die Abbestindustrie hat in den letzten Jahrzehnten immer größere Fortschritte gemacht und doch steht die Bewertung dieses merkwürdigen Minerals, das sich weder löst, immer noch am Anfang. Seine Wichtigkeit für die Automobilfabrikation, für den Bau von Schiffen usw. wird durch seine Unverbreitbarkeit bedingt. So ist Abbest ein uns allen bekannter Stoff geworden, aber wie es gewonnen wird, woher es kommt, darüber wissen wohl nur wenige Auskunfts zu geben.

Während früher Nordamerika, Sibirien und Australien die Hauptabbestlieferanten der Welt waren, bringt jetzt Südafrika immer größere Mengen dieses Stoffes auf den Markt. Besonders in Rhodessien befinden sich wichtige Abbestminen, deren Mittelpunkt der Ort Schabani ist. Die Anlagen sind erst sechs Jahre alt, liefern aber bereits etwa 1000 Tonnen Abbest im Monat und werden ständig erweitert. Die Abbestminen von Schabani, so erzählt Edwin Abeler in einer Schilderung dieses Bergwerkes, sind in die Seite eines Hügel hineingeschnitten, und der Stoff, der hier gewonnen wird, sieht aus wie Grassalm, die fest zusammengedrückt sind. Man kann das Abbest mit der Hand von dem Felsen ablösen, kann die einzelnen Fäden in unendlich viele Teile zerlegen, kann sie zwischen den Fingern reiben, bis sie weich und selbstig werden, aber man kann sie nicht brechen. Sie sind zäher als eine Darmseile. Die Dächer der Hütten in dem Eingeborenenort, das den Minen benachbart ist und dessen Bewohner hier arbeiten, bestehen aus Abbest, und auch sonst wird es zu allem Erdendlichen verwendet. Seine Zukunft aber liegt in seinem Nutzen für die Abbestindustrie.

Ein unbefugter Kritiker.

In einem Artikel „Deutschrussische Beziehungen“ untersucht der russische Oberst Erich v. Freyberg in der „Deutschen Zeitung“ die zurzeit schwebenden Pläne, einige deutsche Industrielle nach Sowjetrußland zwecks Antinipung wirtschaftlicher Beziehungen zu entsenden. Der Artikel zeugt von einem solchen Mangel an Sachkenntnis und wirtschaftlichem Verständnis, daß es sich erübrigen würde, sich mit ihm zu befassen, wenn nicht eine Erinnerung wach würde, die gerade den Verfasser des Artikels betrifft. Oberst v. Freyberg ist bekanntlich der russische Offizier, bei dem kürzlich große Klendiebstähle vorgenommen wurden. Man hätte wohl erwarten dürfen, daß sich Freyberg aus Gründen natürlicher Taktik jeder Stellungnahme der Sowjetregierung gegenüber enthalten würde. Sein Verhalten muß nur zu sehr den Eindruck erwecken, daß aus ihm die Rücksicht, nicht aber die nüchterne politische Ermögung spricht.

Veraltete Methoden.

Ein seit 14 Jahren in Berlin lebender Gesangspädagoge, Professor Roseberg d'Arguta, ist kürzlich als 47-jähriger Ausländer aus Preußen ausgewiesen und zu diesem Zwecke in das Internierungslager Stargard gebracht worden. Wie er in einer Zuschrift an die „Freiheit“ behauptet, lag dieser politischen Maßnahme eine böswillige Denunziation des Wullefchen „Deutschen Abendblattes“ zu Grunde, wonach er zum „Roten Armerichter“ ausgerufen sei.

Nach weiteren Erkundigungen liegt der Fall insofern etwas anders, als sich Roseberg in einer Zuschrift an die „rote Fahne“ grobe Beschimpfungen der politischen Polizei geistigt hatte, was zumindest eine jener Taktlosigkeiten darstellt, die sich am allerwenigsten solche Ausländer erlauben sollten, die Angehörige eines Staates sind, dessen Einrichtungen alles andere als nachahmenswert erscheinen. Wir möchten wissen, wie es einem Reichsdeutschen ergehen würde, und würde er noch so viele Jahrzehnte in Moskau ansässig sein, der sich eine noch so zahme Kritik an den Methoden der „Tscheta“ herausnehmen würde. Ferner hat sich herausgestellt, daß der Betreffende politisch nicht angemeldet war, obwohl ein Erlaß im vorigen Jahre alle Ausländer unter ausdrücklicher Androhung der Ausweisung dazu aufgefordert hatte.

Formell wäre demnach die Ausweisung berechtigt. Dennoch halten wir diese Methode, Ausländer als lästig zu bezeichnen und auszuweisen, sobald sie Kommunisten sind und irgendeinen formellen Verstoß begangen haben, für höchst bedenklich. Die vierzehnjährige Anwesenheit Rosebergs in Berlin hätte eine menschlichere, freundlichere Behandlung nahelegen sollen. Auch hätte man jedenfalls einem geistigen Arbeiter die Härte des Internierungslagers ersparen sollen, die nur in solchen Fällen berechtigt ist, in denen eine Fluchtgefahr oder etwas Ähnliches vorliegt.

Wir meinen, man sollte endlich begreifen, daß mit dieser vorkriegslichen Polizeimethode politische Gegner nicht bekämpft werden dürfen. Es wäre ein erfreuliches Zeichen freier Willkür, wenn die Stelle, die jetzt über den Fall zu entscheiden hat, die ganze Ausweisungsmassnahme rückgängig machen würde. Laßt ihn doch laufen!

Volkspartei und Wahrheit.

Nach einem in der „Deutschen Tageszeitung“ veröffentlichten Artikel „Bayerns Kampf gegen die Fremdenlegion“ hat sich der bayerische Landtag mit einem Antrage der bayerischen Volkspartei befaßt, der eine einbringliche Belehrung über das Wesen der französischen Fremdenlegion in den Schulen fordert. In diesem Artikel wird der Reichsregierung der Vorwurf gemacht, daß die Regierung Birth es bekanntlich für zweckmäßiger halte, die Agitation gegen die jämmerlichste Schmach des 20. Jahrhunderts mit allen Mitteln zu unterbinden.

Demgegenüber ist festzustellen, daß die Reichsregierung schon vor längerer Zeit allen Landesregierungen empfohlen hat, durch Belehrung in allen Lehranstalten die heranwachsende Jugend vor den Gefahren eines Eintritts in die Fremdenlegion zu warnen. Die Beratungen des bayerischen Landtags dürften daher mit den Bestrebungen im Reich völlig übereinstimmen.

Der tiefe Haupteinschnitt, der in die Felsen von Schabani gemacht ist, geht etwa 20 Fuß herunter. Da sieht man eine Felskluft unregelmäßig, bald einige Zoll, dann wieder einige Fuß breit, und dann kommt eine Schicht Abbest, die etwa drei Zoll dick ist, dann wieder Felsen und dann wieder Abbest. Versuchsweise Grabungen haben gezeigt, daß der ganze große Hügel dieselbe Formation enthält. Die Abbestfäden liegen in einer verschiedenen Länge von 1 bis 3 Zoll senkrecht zwischen den Fellen in großer Regelmäßigkeit. Die Natur hat sie hier ausgespart, ganz handlich für die Ausbeutung. Freilich ist der Schabaniabest ziemlich teuer, aber die Industrie ist in Südafrika erst im Entstehen und sie wird noch Fortschritte machen.

Der neue Orden.

Wolle: Ein kleiner Sinn liegt oft im höchsten Spiele!

Eine neue blecherne Medaille

Wird zurzeit geprägt als Helmband.

Oberhalb des Gürtels an der Taille

Darf sie tragen, wer gebiert beim Tan!

Heil und Sieg! Doch rüftig nur so weiter!

Millionen noch zu schmücken gilt's.

Denn den meisten unserer tapfern Streiter

Fehlt bis heut' solch Pflaster auf die Wäg.

Einem jeden ist es gern zu gönnen,

Daß man seine Laten ruckbar macht,

Weil die andern sonst nicht wissen können,

Was er für das Vaterland vollbracht.

Schließlich war doch keiner bloß Atrappe,

Jeder stand auf seinem Platz als Held.

Nicht der Hauptmann nur in der Tappe,

Sondern auch der Musketier im Feld.

Darum Orden her für alle Landser!

Solch ein Blechding, das heroisch kirt,

Schützt das Herz gleich einem Diamantpanzer

Vor dem Geist, der jetzt das Volk verwirrt.

Neuer Helmbaum wird sich entzünden

An dem Strahl, der dem Reichsall entzigt,

Und der Greis noch wird es einst verlinken,

Wenn er unter seinen Enkeln sitzt:

„Schmäh'n auch viele laut das Völkermorden,

Glaubt den Lästern nicht, o Kindelein!

Gerichtlich ist der Krieg! Denn diesen Orden

Trug er mir ja als Belohnung ein!“

Peter Michel

Theater am Südpark. Sonnabend, den 13., abends 8 Uhr, gelangt „Der Dornbusch“ Operette von Richard Genberger, Text nach dem Lustspiel „Die rosa Dominos“ von Victor Leon und G. v. Waldberg in einer Reinkastelung von Maximilian Moris zum ersten Male zur Aufführung.

Das Fazit einer Zeit.

Es ist wahr: Stets gab es Herrscher und Beherrschte. Stets hatten auch Beherrschte ihre kleinen Freiheiten; Freigelassene, die etwa unseren sozial „Aufgestiegenen“ entsprachen, bürgerten sich den regierenden Klassen an. Warum hätte man auch einen „Nichtfreien“, der z. B. ärztlicher Kunst fähig, verwehren sollen, freien Fußes dorthin zu gehen, wo ein Kranter seiner bedurfte?

Aber bei solcher Ordnung, oder meinetwegen bei solchem Zwang, war es einstmals doch möglich, daß ein Volk wie die Griechen lange Zeit als Ganzes glücklich war, daß Heraklit, Parmenides, Sokrates, Plato, um nur wenige Namen zu nennen, unsterbliche Gedanken dachten, daß Aristophanes eine Brandung von Rhythmus aus dem Meer seines Innern schlug, daß Bildner und Bauschöpfer eine in Marmor ausgeführte Weisheit und Anmut der Seele verkündeten, deren Leuchten — das ist das Entscheidende — als Volksgemeinsames die letzte Sklavenhütte nicht im Dunkel ließ.

Und wir? Auch wir haben Herrscher und Beherrschte. Namen großer Künstler wissen wir auch. Aber von den letzteren hört das Volk nicht, was sie wirklich sind. Im Theater sind die Deutschen froh oder ernst, bisweilen von verlogenen Idealen erfüllt, meist zynisch gleichgültig vor wirklicher Kunst.

Als Gemeinschaft aber quälen wir uns! Alle! Denn wunderbar: Auch die Herrschenden sind ihrer Herrschaft nicht froh. Nirgends zeigt sich starkes Lebensgefühl in reine, unproblematische Schönheit oder beglückendes Handeln um. Ueber allem thront die große menschenfressende Maschine. Und die neue Gemeinschaft, in welcher der Mensch einwert allein die glückliche, vermittelnde Münze des Verkehrs sein wird, lebt noch nicht. Das ist das Fazit dieser Zeit!

Besuchsziffern der Berliner Universität. Nach der jetzt abgeschlossenen Statistik der Berliner Universität ist die Hochschule im Sommer von insgesamt 11 879 immatrikulierten Studierenden besucht worden, von 10 865 Männern und 1314 Frauen. Die Zahlen sind etwas kleiner als im vorangegangenen Winter, wie das die Regel ist. Die theologische Fakultät zählt 323 männliche und 18 weibliche Studierende, die juristische 2360 und 54, die medizinische 2429 und 312, die philosophische 5451 und 930. Zu diesen Vollstudenten treten die 1306 Männer und 207 Frauen, die auf Grund eines Erlaubnisbescheines des Rektors Vorlesungen hören. Zum Belegen berechnigt sind weiter die 866 männlichen und 19 weiblichen Studierenden der Landwirtschaftlichen Hochschule.

Deutsche Reichsangehörige sind 10 741. Aus Danzig stammen 11 Männer und 1 Frau, aus Deutschösterreich 111 und 9. Das übrige Ausland stellt folgende Ziffern: Rußland 113 und 21, Bulgarien 109 und 39, Litauen 81 und 32, die Schweiz 52 und 6, Polen

Die Spannung in Paris.

Basel, 9. August. (EB.) Die „Baseler Nachrichten“ melden aus Paris: Noch nie seit dem Waffenstillstand ist eine interalliierte Konferenz unter so pessimistischen Ausdrücken der diesigen öffentlichen Meinung zusammengetreten. Ohne soweit zu gehen, die Entente cordiale durch den etwaigen Ausgang der Konferenz in Frage gestellt zu sehen, wie einige englische Blätter, in erster Linie der „Daily Chronicle“ es meinen, fragt man sich doch, wie das englisch-französische Bündnis und damit die englische Politik überhaupt sich gestalten sollte, wenn Frankreich zum Nachgeben gezwungen werde. Mehrere Pariser Blätter glauben, daß eine Niederlage Frankreichs in dieser Frage nicht nur eine diplomatische, sondern auch eine politische Niederlage wäre. Von der Kammer des nationalen Blods dürfe man nicht erwarten, daß sie in einer Frage, die für die französische Außenpolitik und ihr Prestige ein Symbol geworden ist — wie sich der „Petit Parisien“ ausdrückt —, eine Lösung ratifizieren würde, die einem Nachgeben Frankreichs ähnlich sähe. So kämpft Briand heute nicht nur um die Zukunft der französischen Außenpolitik, sondern auch um sein Ministerium.

Die Frage der Truppenverstärkungen.

Paris, 9. August. „Havas“ berichtet: In der heutigen zweiten Sitzung des Obersten Rates ergriß an erster Stelle General Le Rond das Wort, um für die Notwendigkeit der Entsendung von Truppenverstärkungen vor Antänbung der Entscheidung des Obersten Rates einzutreten. Es gäbe eine deutsche und eine polnische Gefahr. Die Bevölkerung sei nicht entwaffnet, die Freikorps seien nicht aufgelöst. Polen und Deutsche könnten jeden Augenblick über 100 000 Kämpfer verfügen. Le Rond nannte Oberösterreich einen Vulkan, dessen Ausbruch immer zu befürchten sei.

Der englische Oberkommissar Sir Harold Stuart erkannte an, daß die Bevölkerung noch immer Waffen besitze, erklärte jedoch, daß die Truppen des Generals Hofer sich nur erhoben hätten, um die polnischen Aufständischen zu bekämpfen. Es sei nicht zu befürchten, daß die Deutschen die Waffen wieder ergreifen würden, wenn kein polnischer Angriff erfolge. Er schloß, indem er sagte, die Entsendung von Truppenverstärkungen sei nicht nötig, wohl aber ein rascher Entschluß und die Aufrechterhaltung der Einheit der interalliierten Aktion.

Der italienische General de Marinis erkannte an, daß die Truppen, über welche die Oberkommission verfüge, ungenügend seien. Er sprach sich für einen raschen Entschluß aus und für eine sofortige Zuteilung der Gebiete an Polen und an Deutschland, damit die alliierten Truppen sofort nachher zurückgezogen werden könnten.

Hierauf ergriff Lloyd George das Wort zu den oben wiedergegebenen Ausführungen über die englische These.

Italien für schnelle Entscheidung.

Rom, 9. August. (II.) Die italienische Presse besteht in ihren Betrachtungen zur Tagung des Obersten Rates vor allem auf resoluter Erledigung der oberösterreichischen Frage und aller anderen Probleme, die dem Weltfrieden entgegenwirken. Die offiziöse „Epoca“ hebt die Schwierigkeiten hervor, die angesichts der englisch-französischen Unstimmigkeiten bewältigt werden müssen. Sie sind es, die in Polen weitgehende Hoffnungen wecken und die Lage immer mehr verwirren. Das Blatt glaubt dennoch, zuverlässiglich annehmen zu dürfen, daß die vermittelnde Bemühung Italiens sich in Hinblick auf Albanien gute Erfolge haben werde, und daß England und Frankreich die ehrlichen Absichten und die gerechten Ansprüche ihres dritten Verbündeten zuletzt rückhaltlos anerkennen werden.

Die Entwaffnung.

Nachstehend geben wir die Listen vom Stand der Entwaffnung mit dem 1. Juli 1921 abschließend wieder.

	zur Herbeiführung erhalten	zerstört	nach auf Lager
Gewehre und Karabiner	5 438 800	5 337 500	85 400
Maschinengewehre	98 870	95 705	2 865
Minenwerfer und Rohre von solchen	27 376	26 851	965
Geschütze u. Rohre von solchen	51 947	51 545	402
Safetten	27 100	27 030	70
Scharfe Artilleriegeschosse und Minen	37 200 000	30 000 000	7 200 000
Scharfe Handgewehr- und Wurfgranaten	18 000 000	14 000 000	1 000 000
Scharfe Ränder	58 200 000	54 000 000	1 800 000
Handwaffenmunition	482 000 000	380 000 000	48 000 000
Flugzeuge	14 001	13 369	10
Flugzeugmotoren	27 868	23 886	163

Zusammenstellung der auf Grund des Ultimatus und der Entwaffnungsnoten vom Mai 1921 zur Herbeiführung gebrachten Restbestände an Waffen, Munition und Kriegsgüter, nach dem Stande vom 6. August 1921:

453 Geschütze
395 Geschützrohre
845 Safetten
2 868 268 Stück Artillerie-Munition und -Minen
1 695 953 Ränder für Artillerie-Munition
8 141 977 Kilogramm Pulver
1 198 Minen- und Granatwerfer, darunter 80 Signalwerfer
9 286 Maschinengewehre
870 712 Gewehre, Karabiner, Langgewehre
19 312 Revolver und Pistolen
227 566 blaue Waffen
2 078 489 Gewehr-, Wurf- und Handgranaten
2 091 241 Ränder für Handgranaten
87 469 117 Stück Handwaffenmunition
870 290 Kartuschen aller Art
849 590 Sprengladungen, Sprengpatronen
14 826 Wagon aller Art, darunter 418 Progn., 60 Maschinen-gewehrswagen
751 Feldbüchsen

außerdem große Mengen an sonstigem Kriegsgüter, wie Waffen-zubehör- und Ersatzteilen, optischem Gerät, Nachrichtengerät, Gräben-gerät, Gasfluggerät, Werkzeuge aller Art, Feld- und Felderbah-nen-gerät, Geschütze- und Stallschienen, Wagonzubehörteilen, Textilien, Feldküchengerät, Schiffszubehörteilen, ferner 70 Feldbatterien, zwei Motorräder, 140 Kraftwagen, 18 Kraftwagenanhänger, 250 Fahr-räder, 5000 Kameeffädel, 1000 Wollfädel, 800 Zielgeschirre, 5 000 000 Klappatronen.

Der Zwischenfall in der Kola-Bucht. In der Angelegenheit der Verschleppung der deutschen Minensuchboote in der Kola-Bucht hat, wie die ZL meldet, Wigdor Kopp im auswärtigen Amt eine Erklärung namens der Sowjetregierung abgegeben. Das auswärtige Amt hatte bereits durch Funkpruch ein Ersuchen um Aufklärung nach Moskau gerichtet.

Die Forderungen der Gemeindearbeiter

Der neue Lohnstarif für die Arbeiter und Angestellten in den Gemeindebetrieben Berlins unterlag gestern der Beschlußfassung einer Funktionärerversammlung, die im Lehrervereinshaus stattfand und außerordentlich hart besuch war. Die Kündigungs der Tarife ist formgerecht erfüllt. Darauf hat der Magistrat durch Stadtrat Koblenzer um Vorschläge zu einem Lohnabkommen ersucht, die von der Tarifkommission ausgearbeitet wurden.

Das Referat über den vorliegenden neuen Tarif wurde von Polenste, für die Angestellten von Hochschild erstattet. Behr-er erklärte, daß der Magistrat sich grundsätzlich zu Verhandlungen über einen neuen Lohnstarif bereit erklärt habe und daß die Lohnsätze für die Angestellten ebenso wie für die Arbeiter, umgerechnet in Monatslöhnen mit 208 Stunden Arbeitszeit, sowie auch mit den Teuerungss- und Kinderbeihilfen sein sollen.

Nach den Beschläßen der Tarifkommission werden folgende Stundenlöhne gefordert: Für männliche Arbeiter von 7,30 bis 7,50 M., für Jugendliche bis zu 17 Jahren von 3,50 bis 5 M., für Kindererwerbsfähige 5,50 M., für Arbeiterinnen 6,50 bis 6,70 M., für Jugendliche von 14 bis 17 Jahren 3,00 bis 4,50 M., für Kindererwerbsfähige 5 M. Dazu kommen Lohnbeihilfen in Höhe von 65 M. für Jugendliche unter 18 Jahren und von 150 M. für Bediende über 18 Jahre und Verheiratete, für jedes noch zu versorgende Kind bis zu 6 Jahren 100 M., bis zu 14 Jahren 125 M. und bis zu 21 Jahren 150 M. monatlich. Für völlig erwerbsunfähige Kinder, die im eigenen Haushalt leben, soll diese Unterstützung dauern gezahlt werden. Das Personal der Müllabfuhr und die Kohlenräger der Brennstoffverwaltung soll zum Lohnsatz seiner Klasse einen Zuschlag von 20 Proz. erhalten. Ebenso werden besondere Zuwendungen gefordert für Arbeiter, die besonders gesundheitschädigend sind. Die genannten Löhne sollen als Grund- bzw. Mindestlöhne gelten. Auf alle tariflichen Vereinbarungen haben freige-werkschaftlich organisierte Arbeiter einen Rechtsanspruch. Zu den Sätzen der Klassen 1, 2, 5 und 6 soll ein Zuschlag von 10 Pf. pro Stunde für erschwerte Arbeit gezahlt werden. Denselben Zuschlag zum Stundenlohn fordern die Arbeiter aller technischen Betriebe, sowie der technischen Abteilungen der Anstalten und Kammerebetriebe. Für Überstunden in der Zeit von 6 Uhr

früh bis 6 Uhr abends wird ein Zuschlag von 33 1/2 Proz. und von 6 Uhr abends bis 6 Uhr früh das Doppelte dieses Zuschlages gefordert. Für die planmäßige Nacharbeitszeit ist ein Zuschlag von 25 Proz. zu gewähren. Nicht planmäßige Sonntagsarbeit wird mit einem hundertprozentigen Zuschlag entschädigt, während für die planmäßige Sonntagsarbeitszeit die Hälfte dieses Zuschlages gezahlt wird. Beim Zusammenreffen von Überarbeitszeit mit Nacharbeit, sowie Arbeit an Sonn- und Feiertagen wird ein Höchstzuschlag von 100 Prozent gezahlt. Die Entlohnung der Bediende erfolgt auf Grund besonderer Vereinbarungen. Vorarbeiter und Vorarbeiterinnen erhalten 10 Pf. mehr als der bestbezahlte ihnen unterstellte Arbeiter. Wenn sie im Wochenlohn stehen, beträgt das Mehr ihres Einkommens gegenüber dem bestbezahlten Arbeiter 5 Prozent. Frauen, die gleichwertige Männerarbeit leisten, sollen denselben Lohn wie die Männer erhalten. Die Beköstigung, die den einzelnen Bediensteten gewährt wird, soll zum Selbstkostenpreis in Anrechnung gebracht werden. Schutzkleidung wird unentgeltlich zur Verfügung gestellt. In Bezug auf die Berechnung des Wertes einer Dienstwohnung bleibt es bei den bisherigen Bestimmungen. Ruhe an einer anderen als der normalen Arbeitsstelle Arbeit verrichtet werden, so wird der Mehrlohn an Zeit für den Weg als Arbeitszeit bezahlt. Besondere Zuwendungen werden extra bezahlt. Die 6-Stunden-Arbeiter in den Gas- und Elektrizitätswerken erhalten Lohn für eine achtstündige Arbeitszeit. Bei Entlassungen erfolge Verminderung der Arbeiterzahl oder Auflösung der Betriebe wird daselbst Abfertigung gezahlt, das die Hilfskräfte erhalten. Soweit bessere Lohnbedingungen bestehen, als der neue Lohnstarif vorsieht, bleiben sie aufrechterhalten. Der neue Tarif soll am 1. September in Kraft treten.

In der Diskussion wurden diese Vorschläge der Tarifkommission im wesentlichen anerkannt und der Vorschlag gegen wenige Stimmen angenommen. Einstimmig Annahme fand ein Antrag, für die Forderungen der Festangestellten einzutreten. Weiter wurden angenommen ein Antrag, der völlige Aufklärung des Falles Sili verlangt, und ein anderer, der vom K. O. B. Maßregeln gegen die Verteuerung der Lebensmittel fordert.

Die Reparationskommission zufrieden.

Paris, 9. August. (Dena.) Die Agentur Havas berichtet, daß die Reparationskommission die deutschen Verpflichtungen vom 1. August für erfüllt ansieht, mit Ausnahme der Kohlenlieferungen, die seit drei Monaten nicht mehr in der vorgeschriebenen vollen Zahl abgeliefert worden seien.

Seit drei Monaten, das bedeutet gerade seit Beginn des Polenputsches in Oberschlesien. Wären die französischen Behörden in Oberschlesien der Instruktion rechtzeitig entgegengetreten, anstatt sie zu begünstigen, dann wäre diese Störung in den deutschen Kohlenlieferungen, die durch den Ausfall der ober-schlesischen Produktion bedingt wurde, nicht eingetreten.

Deutschösterreichische Pleite.

Wien, 9. August. (II.) Die Vertreter Österreichs in Paris, London und Rom haben eine gleichlautende Note über-reicht, in welcher darauf hingewiesen wird, daß Österreich durch sein Finanzprogramm und durch die Einführung neuer Steuern die Voraussetzungen für eine Kreditlinie geschaffen habe und dringend erlaube, daß der Oberste Rat die Kreditaktion für Österreich beschleunigen möge.

Die Hilfsaktion in Rußland.

Riga, 9. August. (DE.) In Petersburg hat sich als Zweigstelle des autonomen Moskauer Hilfskomitees ein Hilfskomitee für die hungerleidenden gebildet, zu welchem viele bekannte Namen des literarischen und wissenschaftlichen Rußland gehören, wie u. a. Alexander Blad, Fjodor Sologub, Remizowitsch-Dantschente, Prof. Bedeerem, Prof. Kolljarewsk, der ehemalige Senator Koni, Prof. Subaschew.

Das Moskauer Hilfskomitee ist durch einige neue Mitglieder ergänzt worden. Der ständige Sitz der demnächst ins Ausland reisenden fünfgliedrigen Delegation soll London sein.

Das Allrussische Zentralerleichterungskomitee hat beschlossen, von allen im organisierten Warenaustausch beschafften Lebensmitteln 1 Prozent an die Hungerleidenden abzuführen.

Lenin fordert in einem Aufruf die ukrainische Bauernbevölkerung zur Hilfeleistung an die hungernden Bauern des Wolgagebietes auf. Er schlägt den ukrainischen Bauern vor, Delegierte nach den Hungergebieten zu entsenden, die sich persönlich über den Umfang der Not vergewissern sollen.

Nach Mitteilungen in Riga eingetroffener Mitglieder des in Sowjetrußland tätigen lettischen Roten Kreuzes, sind in Petersburg sechs Transporte lettischer Rückwanderer aus Si-birien angekommen. Die Berichte der lettischen Heimkehrer bestätigen, daß auch gewisse Teile Sibiriens von einer empfindlichen Mähernte betroffen worden sind. — Unter den Flüchtlingen befinden sich auch deutsche Wolga-Kolonisten.

Die große Hungertwanderung.

Ein Mitarbeiter der Moskauer Zentral-„Pravda“ schildert in Nummer 160 die große Auswanderung aus den Hungergebieten wie folgt: „Auf einer Strecke von 1500 Kilometer längs der Eisenbahnen, aus dem Wolgagebiet nach dem Kirgisengebiet und Turkestan, geht die erschütternde

Wanderung von Hunderttausenden

von Greisen, Frauen, Kindern und arbeitsfähigen Männern.“ Man könne sich die Zahl derjenigen, die an Hunger, Erschöpfung und Seuchen zu Grunde gehen, nicht vorstellen. Um jeden Preis müsse die unorganisierte Auswanderung zum Stehen gebracht werden, wenn nicht Dreiviertel der Auswanderer und außerdem noch ein beträchtlicher Teil der ortsansässigen Bevölkerung der Einwanderungsgebiete dem Seuchentode verfallen sollen. Die Schwierigkeit, diesen Flüchtlingsstrom zu übersehen, macht die

staatliche Hilfe unmöglich.

Man müßte dazu auf einem ungeheuren Gebiete Lebensmittelvorräte ansammeln, die nicht vorhanden sind. Die Auswanderung müsse so organisiert sein, daß die arbeitsfähigen Elemente nach Gebieten geleitet werden, welche Arbeitskräfte bedürfen, wie nach der Ukraine, nach dem Donezbecken und dem Siebenbürgen. Unterwegs müßten Lebensmittelvorräte bereitgestellt werden. Der Verfasser habe einen Transport auf dem Wege nach Turkestan getroffen, dessen Insassen ebenso erschöpft waren, wie die übrigen Auswanderer, da sie von den Eisenbahnbehörden mit Lebensmitteln nicht beliefert werden konnten. Größte Eile und größte Nervenanspannung seien erforderlich, um der ungeheuren Aufgabe einigermaßen gewachsen zu sein.

Das deutsche Rote Kreuz nach Genf eingeladen.

Berlin, 9. August. (III.) Der Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, Ador, hat das deutsche Rote Kreuz eingeladen, an einer Konferenz in Genf am 15. August teilzunehmen. Auf dieser Konferenz soll die Frage einer internationalen Rote-Kreuz-Hilfe für Rußland beraten

werden. Der Präsident des deutschen Rotes Kreuzes, Landesdirektor v. Winterfeldt, hat geantwortet, daß das deutsche Rote Kreuz der Einladung entsprechen werde. Er hat dabei zum Ausdruck gebracht, daß das deutsche Rote Kreuz auf dem Standpunkt stehe, daß angesichts der Größe des russischen Problems nur auf breiter internationaler Basis dem notleidenden Rußland wirksame Hilfe gebracht werden könne. Die bereits eingeleitete Hilfsaktion des deutschen Roten Kreuzes auf sanitärem Gebiet wird hierdurch nicht berührt.

Bulgarien für Vereinigung mit Südslawien.

Salbach, 9. August. (EE.) Der bulgarische Ministerpräsident Stambuloff erklärte einem slowenischen Redakteur in einer Unterredung, daß drei Viertel der bulgarischen Bevölkerung für die Vereinigung mit dem südslawischen Staate seien. Wenn man in Bulgarien eine Volksabstimmung veranstaltete, so würde sich nach der Überzeugung des Ministerpräsidenten eine große Mehrheit für eine Vereinigung zu einem großen jugoslawischen Staate ergeben.

Die Ueberfüllung der Vorschulklassen.

Die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtages wies kürzlich in Form einer kleinen Anfrage an die preussische Regierung darauf hin, daß sich jetzt an manchen Privatschulen, denen Aufschub hinsichtlich des Abbaues der Vorschulklassen gewährt worden sei, weit mehr Schüler in den Vorschulklassen als bisher befinden. Die Regierung wurde gefragt, ob sie bereit sei, Anordnungen zur Durchführung des § 2 des Grundschulgesetzes zu treffen und den Stichtag für die Berechnung der Gesamtschülerzahl anzugeben.

Wie die Dena erfährt, wird die Antwort der Staatsregierung folgendermaßen lauten: Die unterstellten Provinzialschulkollegien und Regierungen sind durch die Rundreise vom 2. März und 13. April d. J. ausdrücklich auf die Bestimmung in § 2 Absatz 2 des Grundschulgesetzes zur Beachtung hingewiesen worden, wonach die Gesamtschülerzahl der abzubauenden Vorschulen der Privatschulen den bisherigen Umfang nicht übersteigen soll. Ein Stichtag für die Berechnung der Gesamtschülerzahl ist von der Unterrichtsverwaltung nicht festgesetzt worden, da sich ein Bedürfnis hierfür bisher nicht ergeben hat (? Red.). Erforderlichenfalls würde der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Grundschulge-setzes als Stichtag angesehen werden müssen.

„Im Namen des Königs“.

Wie wir kürzlich mitteilten, werden von Amtsgericht in Potsdam noch immer Urteile „Im Namen des Königs“ ausgefertigt. Besonders wiesen wir darauf hin, daß die Abt. IV des Amtsgerichts Potsdam ein am 9. Juni des Jahres verkündetes Urteil dem Kläger in einer mit der Maschine geschriebenen Ausfertigung zugestellt habe, die die Ueberschrift „Im Namen des Königs“ trug.

Hierzu teilt nunmehr das preussische Justizministerium mit, daß das Urteil vom 9. Juni in der Umschrift den Kopf „Im Namen des Volkes“ trage. Sollte eine Ausfertigung dieses Urteils — so heißt es in der offiziellen Ausfertigung weiter — mit der falschen Ueberschrift „Im Namen des Königs“ hinausgegangen sein, so würde das lediglich auf ein Versehen der Kanzlei zurückzuführen sein. Die in Frage kommenden Beamten seien darauf hingewiesen worden, bei der Ausfertigung von Urteilen mit größter Sorgfalt zu verfahren.

Der Umstand, daß die Beamten mit Nachdruck auf ganz besondere Sorgfalt hingewiesen werden müssen, spricht nicht gerade für die unerschütterliche Treue der Justizbeamten der Republik gegenüber; denn sonst müßte es diesen fast drei Jahre nach der Revolution nachgerade selbstverständlich geworden sein, die alte Justizformel zu beseitigen. Im übrigen sei in diesem Zusammenhang nochmals an die allgemeine Verfügung des preussischen Justizministers vom 20. Juli erinnert, wonach die Veränderung der vorhandenen Vordrucke von Urteilsausfertigungen mit der Ueberschrift „Im Namen des Königs“ nicht erst unmittelbar vor ihrer Verwendung, sondern allgemein und sofort handschriftlich vorzunehmen ist. Der Zweck dieser Verordnung war Sicherstellung der Verfügungen vom 11. Dezember 1920 und 18. Juni 1921, in denen bestimmt wurde, daß die alten Vordrucke handschriftlich zu ändern und mit der Ueberschrift „Im Namen des Volkes“ zu versehen seien.

Nie wieder Krieg! . . . Nach einer Havasmeldung aus Athen betragen die griechischen Verluste nach einer vorläufigen Schätzung 1200 Tote, darunter 50 Offiziere, und 6000 Verwundete, von denen die meisten leicht verwundet seien. — In Marokko ist die Lage der spanischen Truppen seit ihrer großen Niederlage bei Melilla äußerst kritisch geworden. Die Marokkaner haben 5000 spanische Gefangene gemacht und drohen mit deren Tötung, falls ihre Lager mit Fliegerbomben beworfen werden.

Gewerkschaftsbewegung

„Neue Aufgaben der Gewerkschaften.“

Die neue Verteuerung der Lebenshaltung wird neue Lohnforderungen zur Folge haben. Jede Lohnhöhung zieht aber die Verteuerung sämtlicher Waren nach sich, da die organisierten Unternehmer die Verkaufspreise der Waren bestimmen, und jede Lohnhöhung ist ihnen ein willkommenes Anlaß, den Profit zu erhöhen. So ging z. B. vor kurzem durch die Presse die Mitteilung, daß die Löhne in der Klavierindustrie um das Siebenfache gestiegen seien, während die Unternehmer von den Konsumenten der Klaviere den 25fachen Betrag fordern und erhalten. So ist es denn nicht verwunderlich, daß von vielen Seiten die Arbeiten der Gewerkschaften sehr skeptisch betrachtet werden.

In der „Neuen Zeit“ hat Ellinger kürzlich in einem Artikel „Neue Aufgaben der Gewerkschaften“ zu diesem Problem Stellung genommen. Er schildert zunächst den beschränkten Aufgabenkreis der Gewerkschaften bei ihrer Begründung und zeigt, wie sich dieser nach und nach vergrößerte. Er führt den Nachweis, daß die gewerkschaftliche Arbeit bis zu Kriegsbeginn wesentliche Erfolge zu verzeichnen hatte, und daß erst von dem Augenblick an, als die Unternehmer sich zusammenschlossen sich jene Momente zeigten, die eingangs erwähnt wurden. Er stellt die Frage: „Was ist heute von der in der Vorkriegszeit errungenen Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft vorzuziehen?“ Und er antwortet: „Wenn man ehrlich sein will, so muß man zugeben, von der materiellen Verbesserung weniger als nichts. Die Arbeiter haben zwar heute mehr Rechte in ihrem Arbeitsverhältnis als vor dem Kriege, und sie erfreuen sich immer noch des lang ersehnten Achtstundentages; aber von der vor dem Kriege erkämpften Lebenshaltung ist nichts geblieben.“

Nachdem er die allgemein bekannte Tatsache von dem Sinken des Reallohnes und der Steigerung des Geldlohnes gekennzeichnet hat, sagt er: „Es nütze gar nichts, daß die Gewerkschaften nach wie vor Lohnforderungen stellen und auch durchsetzen, es nütze gar nichts, daß die Löhne in kurzen Zwischenräumen erhöht werden wie nie zu vor, die Folge all dieser Erhöhungen war keine Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft, war keine Schmälerung des kapitalistischen Profits, sondern häufig genug der Anlaß zu einer noch größeren Steigerung des Gewinns des Kapitals.“ Angesichts dieser Tatsache kommt er dann zu dem Schluß, daß den Gewerkschaften nichts anderes übrig bleibt, als dem Kapitalismus selbst zu Weib zu gehen. Die Gewerkschaften müssen in Zukunft preisbildend wirken, indem sie die Gewinne der Unternehmer zu beschränken und die wucherische Ausbeutung der Allgemeinheit zu verhindern suchen.

Die Verbände der baugewerblichen Arbeiter und Angestellten Deutschlands sind nach dieser Richtung hin vorbildlich vorgegangen. Sie haben soziale Betriebe gegründet, die dem Privatunternehmertum scharf Konkurrenz machen, da sie billiger arbeiten und somit preislenkend wirken. Daß die Arbeitslust in solchen Betrieben steigt, erscheint selbstverständlich. Die neuen Aufgaben der Gewerkschaften bestehen also darin, daß sie versuchen müssen, Kontrolle und Leistung in die Hand zu bekommen.

Die Arbeit, die von den baugewerblichen Arbeitern und Angestellten geleistet ist, und auf die Ellinger hinweist, soll durchaus anerkannt werden. Es wird jedoch in den anderen Gewerben, z. B. in der Metallindustrie, nicht so leicht sein, es ihnen sofort nachzumachen. Zweifellos wird sich der Aufgabenkreis der Gewerkschaften dauernd erweitern, und sie werden auch in dem Maße wie die Reife der Arbeiterschaft zunimmt, größere Unterstützung ihrer Bestrebungen finden, so daß auch der Einfluß auf wirtschaftlichem Gebiet sich dementsprechend steigern wird, aber vorerst sind sie durch die Verhältnisse dazu gezwungen, ihren Mitgliedern und der Gesamtarbeiterschaft Löhne zu erkämpfen, die sie vor der völligen Verelendung schützen.

Der Verband der Böttcher im Jahre 1920.

Das abgelaufene Geschäftsjahr kann für den Verband der Böttcher, Weinküfer und Hilfsarbeiter als zufriedenstellend bezeichnet werden. Die Mitgliederzahl von 1919 wurde nicht nur gehalten, sondern noch erhöht; der Verband zählte am Schluß 12 937 Mitglieder.

Die Hauptkasse hatte eine Reineinnahme von 1 058 111,89 M. und eine Reinausgabe von 954 627,34 M. Das Gesamtergebnis beträgt 359 699,72 M. Die Gesamtausgaben verteilen sich wie folgt: Streikunterstützung 304 764,41 M., Arbeitslosenunterstützung 87 839 M., Krankenunterstützung 96 631,25 M., für Invaliden, Sterbe- und Umzugsunterstützung sowie Rechtsschutz wurden 15 654 M. ausbezahlt. Die Agitation erforderte eine Ausgabe von 110 548,73 M., die Verbandszeitung 67 940,40 M., den örtlichen Verwaltungen verblieben an Prozenten von den Ein-

nahmen 154 844,53 M. Die Hauptkasse hatte an Ausgaben: sächliche 34 256,36 M., persönliche 64 115,80 M.

Die fortwährende Steigerung der Preise brachte es mit sich, daß die Lohnbewegungen nicht abhörten. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Verbandsmitglieder können als an der Spitze aller Berufe stehend bezeichnet werden. Die Wochenlöhne betragen, je nach den örtlichen Verhältnissen sowie Unterschied des Alters und Geschlechts, 160 bis 500 M., die Stundenlöhne 3,70 bis 9,50 M. Ferien erhalten die meisten Mitglieder. Ihre Dauer beträgt sechs bis zwölf Arbeitstage. Eine kleine Anzahl beginnt mit drei Tagen, ebenso erhalten einzelne mehr als zwölf Tage. Der Unterschied zwischen Lohn und Krankengeld wird von 6 bis 18 Tagen, in einzelnen Betrieben bis zu 28 Tagen bezahlt.

Der Beschäftigungsgrad war im allgemeinen gut, was nicht ohne Einfluß auf die Führung von Lohnbewegungen blieb. Die Ausweitung der kleineren Verbände durch die größeren bei Lohnbewegungen oder Abschlüssen von Reichstarifen, bringt es mit sich, daß der Verband in den einzelnen Industrien, Chemische, Margarineindustrie u. a. m., die Rechte seiner Mitglieder nicht, wie notwendig, wahren konnte. Hier wäre mehr Solidarität der Großen gegen die Kleinen am Platze.

Kein Streik im Berliner Böttchergewerbe!

Die Berliner Böttcher und Hilfsarbeiter nahmen in einer Versammlung am 8. August Stellung zu dem Angebot der Vereinigung der Groß-Berliner Arbeitgeber im Böttchergewerbe. Die Vermittlungen beschloßen, trotzdem bei der Abstimmung die erforderliche Zweidrittelmehrheit für den Streik bis auf einige Stimmen erreicht war, in Anbetracht des kurzfristigen Lohnabkommens, die angebotene Zulage von 80 Pf. pro Stunde anzunehmen.

Die Stundenlöhne erhöhten sich demnach ab 1. August d. J. auf 7,80 M., 8 M., 8,20 M. Mit einigen Firmen wurden Stundenlöhne von 8,40 M. bis 8,70 M. vereinbart.

Zur Lohn- und Gehaltsbewegung der Eisenbahner.

Am 9. August traten die Vertreter der vier großen Eisenbahnerverbände: Deutscher Eisenbahnerverband, Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter, Allgemeiner Eisenbahnerverband und Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten und Amwärter zu einer Beratung über die Durchführung der aus der Preissteigerung auf allen Gebieten sich ergebenden Lohn- und Gehaltsforderungen zusammen. Nachdem die Reichsgewerkschaft erklärt hatte, mit Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zum Deutschen Beamtenbund vorläufig eine Einheitsfront für die Eisenbahner nicht herstellen zu können und ihre Vertreter sich weigerten, gemeinsame Forderungen aufzustellen, erfolgte die Konstituierung des Sechzehner-Ausschusses, der sich aus den erstgenannten drei Großorganisationen zusammensetzt. Ueber die einzureichenden Forderungen wurde völlige Übereinstimmung erzielt. Ausgebessert werden sollen die Bezüge der Arbeiter, Angestellten, Diätäre, Beamten und der Pensionäre. Es soll versucht werden, die Verhandlungen auf schnellstem Wege zustande zu bringen.

Eine in Bad Homburg abgehaltene Versammlung des Allgemeinen Deutschen Eisenbahnerverbandes, Direktionsbezirk Frankfurt-Rain, forderte nach der „Rhein-Westf. Ztg.“ eine Stundenzulage von mindestens einer Mark und eine Wirtschftsbeihilfe von mindestens 2000 M.

Beamtenorganisation und Befoldungsbewegung.

Vom Pressedienst des Deutschen Beamtenbundes wird uns geschrieben:

Der Deutsche Beamtenbund, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Gewerkschaftsring haben sich in ihren zuständigen Organen schon seit längerer Zeit mit der Frage beschäftigt, wie auf dem Gebiete der Gehälter und Löhne der Reichsbeamten und -arbeiter den derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnissen und der Preissteigerung begegnet werden kann. Am 5. August fand auf Einladung des Deutschen Beamtenbundes eine gemeinsame Konferenz mit Vertretern der genannten Spitzenorganisationen statt, in der die Angelegenheit beraten wurde und die Absicht zum Ausdruck kam, die Grundlagen für gemeinsame Forderungen und für ein einheitliches Vorgehen in diesen Fragen herzustellen. Zu diesem Zweck werden sich die einzelnen beteiligten Verbände, soweit das nicht geschehen ist, in den nächsten Tagen über die zu erhebenden Forderungen schlüssig werden, worauf dann unverzüglich eine zweite, gemeinsame Beratung sich mit der Aufstellung des gemeinschaftlichen Programms befaßt wird.

Reaktionäre im Reichsdienst.

Zu diesem Thema wird uns geschrieben, daß die Dinge im Bereich des Reichsministeriums für Wiederaufbau besonders im argen liegen. Nicht nur, daß man seinerzeit z. B. abgelehnt hat, gegen aktiv gewordene Kopp-Anhänger einzuschreiten, sind diese Herren noch die Treppe herausgefallen. Das beste Stückchen leistete sich aber das Ministerium als es kürzlich zu Verhandlungen über Arbeiter- und Angestelltenfragen einen Herrn Regierungsrat Dr. Ruhnau, tätig als Personalreferent bei der Reichsentschädigungskommission in Jelenhof, hinzuzog.

Weiß man im Reichsministerium für Wiederaufbau nicht, daß Herr Dr. Ruhnau vor gar nicht langer Zeit Generalsekretär des Verbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gewesen ist? Hält Herr Minister Dr. Rathenau derartige Herren für geeignet, in Reichsdiensten als Unterhändler in Arbeiter- und Angestelltenfragen tätig zu sein?

Die Arbeitskammervahlen im Ruhrbergbau.

Wie aus Bochum gemeldet wird, liegt nunmehr das Ergebnis der Wahlen zu den Arbeitskammern im Ruhrbergbau endgültig vor. Es haben erhalten: Die freien Gewerkschaften 60 924 Stimmen mit 12 Vertretern und 11 Stellvertretern, der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter mit 49 482 Stimmen 6 Vertreter und 5 Stellvertreter, die polnische Berufseingung 20 438 Stimmen, 2 Vertreter und 2 Stellvertreter, der Deutsche Metallarbeiterverband 7 105 Stimmen mit 1 Stellvertreter und der Hirsch-Dundersche Gewerksverein 5 121 Stimmen mit gleichfalls 1 Stellvertreter. Bei der Zählung fielen 40 196 Stimmen von drei Listen aus, die ungültig waren, weil sie nicht die notwendige Zahl von Unterschriften aufwiesen. Von den ungültigen Stimmen fielen etwa 3000 auf die sozialistischen und 36 000 auf die unionistischen Kandidaten.

Dieses Ergebnis ist außerordentlich bemerkenswert, weil es zeigt, daß die Arbeiter in ihrer großen Mehrheit den gewerkschaftlichen Charakter der Vorkandidaten erkannt und ihnen in ihrer großen Mehrheit ihre Stimme entzogen haben. Daß die freien Gewerkschaften an der Spitze marschieren würden, war von vornherein zu erwarten.

Internationaler Metallarbeiterkongress.

Am Montag trat in Luzern unter dem provisorischen Vorsitz von Jig. Bern der Internationale Metallarbeiterkongress zusammen. Es sind 46 Delegierte aus Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Polen, Norwegen, der Tschechoslowakei, Ungarn und der Schweiz anwesend. (Die starke deutschösterreichische Metallarbeiterorganisation mußte hiernach aus Balutagründen auf die Teilnahme verzichten; 100 Kronen sind nämlich 1/4 Frank. Red.) Es wurde mitgeteilt, daß an den russischen Metallarbeiterverband keine Einladung ergangen ist, da der Ausschuss beschloßen hat, nur Verbände einzuladen, die der Dritten Internationale nicht angehören. Ein Brief des russischen Metallarbeiterverbandes, der in beleidigenden Worten gehalten worden ist, wurde zur Kenntnis genommen und gab keinen Anlaß zu einer Diskussion.

Gewerbegerichtswahl im 15. Verwaltungsbezirk. Alle im 15. Verwaltungsbezirk, umfassend die Orte: Adlershof, Alt-Glienitz, Ober- und Niederschöneweide, Johannisthal, Treptow und Baumhulsenweg, gelegenen Betriebe sind verpflichtet, zu der am Freitag, den 12. August 1921, nachm. 4 1/2 Uhr im Lokal von „Schöps“, Berlin-Niederschöneweide, Grünauer Straße Nr. 8, stattfindenden Sitzung zwecks Aussprache über die Gewerbegerichtswahl, einen Vertreter zu entsenden. Von den Betrieben, in denen keine Objekte sind, muß ein Funktionär der freien Gewerkschaften entsandt werden. Ausweis: Mitgliedsbuch der freien Gewerkschaft. — Gewerkschaftskartei für den 15. Verwaltungsbezirk. J. U. F. Bonte.

Die Buchdrucker und Hilfsarbeiter der Druckerei von Raud, Stallschreiberstr. 5, sind wegen angeblicher Lohndifferenzen am Dienstag in den Streik getreten.

Der Buchdruckerstreik im besetzten Gebiet hat nach der III. auch auf Wiesbaden übergegriffen. Die Zeitungen geben ein zweifelhafte Rotblatt heraus.

Die Lohnbewegung der Hamburger Verkehrsarbeiter ist beendet. In einer Urabstimmung wurde mit 4491 gegen 952 Stimmen der umstrittene Spruch des Schlichtungsausschusses angenommen.

Ein Streik im italienischen Textilgewerbe sieht nach der „Frankfurter Zeitung“ bevor. Wegen der angeblich schlechten Konjunktur kündigen die Fabrikanten die Lohn- und Arbeitsverträge, worauf die Arbeiter beschloßen, am Donnerstag dieser Woche in den Ausstand zu treten.

Deutscher Metallarbeiterverband, Branche der Eisen-, Revolverdreher und -brecheinneer sowie Rundscheiber, Donnerstag 7 Uhr in den Sophien-Gärten, Brandenburgerstraße.

Deutscher Transportarbeiterverband, Branche 2: Donnerstag 7 Uhr im Mittel-Feldchen, Schottlandstr. 39, Gruppenversammlung. Stellungnahme zur Tarifkündigung.

Berichte für den rebell. Teil: Dr. Werner Weiser, Charlottenburg; für Kneisgen: Th. Gluck, Berlin. Verlag: Borntrich-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Borntrich-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Hierzu 1 Beilage.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
besiegt das einzig empfohlene millionfach bewährte
Kukirol
Schachtel M. 3.-. In Apotheken u. Drogerien erhältlich.

Besonders günstige Angebote! Gültig für kurze Zeit!

für Knaben von 6-9 Jahren

- | | | |
|---------------------|--|-------------------------|
| Stoff-Anzüge | einfarbig u. gemustert in Schläfer- und Sportform . . . von M. 73, | 65⁰⁰ |
| Stoff-Anzüge | aus außerordentl. haltbar. Stoffen in gemust. u. klarer Farbe, Sport- und Prinz-Heiarich-Form v. M. 109, 90, | 75⁰⁰ |
| Stoff-Anzüge | in allen Form. aus haltb. Cheviot- u. Homespunstoff. v. M. 160, 145, | 120⁰⁰ |
| Stoff-Anzüge | aus sehr guten Stoffen, vorzügl. verarbeitet, kariert, gestreift, auch einfarbig blau von M. 268, 235, 180, | 180⁰⁰ |
| Wasch-Anzüge | in allen Fassons u. nur guten Qualitäten v. M. 112, 90, 78, | 52⁰⁰ |

für Knaben von 10-14 Jahren

- | | | |
|---------------------|--|-------------------------|
| Stoff-Anzüge | gran u. mod. farb. gemustert, ganz auf Futter gearb., sehr polsw. u. Breechesbos. v. M. 160, | 140⁰⁰ |
| Stoff-Anzüge | aus guten Qualitäten und Fassons, in einfarbig u. Homespunmustern v. M. 260, 240, | 220⁰⁰ |
| Stoff-Anzüge | in besten Qualitäten und vorzüglicher Ausführung v. M. 350, 300, | 280⁰⁰ |
| Wasch-Anzüge | aus feinen Stoffen, in Joppen- u. Sportform v. M. 150, 120, | 95⁰⁰ |

für Jünglinge und zur Einsegnung

- | | | |
|---------------------|--|-------------------------|
| Stoff-Anzüge | aus haltbaren Stoffen, bestehend aus Joppe und Hose. . . von M. | 34⁰⁰ |
| Stoff-Anzüge | aus sehr haltbar. Stoff., besteh. aus Jackett, Hose u. Weste. v. M. 98, | 83⁰⁰ |
| Stoff-Anzüge | marengo, mode und bräunlich gemustert, in Jackett- und Sportform von M. 210, | 195⁰⁰ |
| Stoff-Anzüge | blau, farbig, kariert und gestreift, sehr gute Qual., v. M. 300, 275, | 245⁰⁰ |
| Stoff-Anzüge | in vorzügl. Qual. u. modernst. Verarbeitung; blau, marengo u. farbig, gestr. gemustert, v. M. 450, 400, 350, | 330⁰⁰ |

Außergewöhnlich billig

Gummi-Mäntel für Damen u. Herren in sehr guter Qualität u. bester Ausführung, M. 250.-

Modernste Massanfertigung — Verwendung bester Stoffe und Zutaten — Sehr mässige Preise

In der Morgenstunde billiger Verkauf von Trikotsagen und anderen Sachen

BAER SOHN

Der Versand nach ausserhalb erfolgt in der Reihenfolge der eingehenden Aufträge

Berlin nur Chausseestrasse 29-30

Heute abend Mitgliederversammlungen in den Abteilungen Die wichtigen Tagesordnungen erfordern die Anwesenheit aller Genossen und Genossinnen.

Aerzte und Krankenkassen.

Wir veröffentlichen nachstehend eine Zuschrift des Geschäftsführers des Verbandes der Krankenkassen Groß-Berlins, Carl Schulz. Damit schließen wir die Diskussion über die Frage „Aerzte und Krankenkassen“.

Wenn ein Kenner der Berliner Krankenkassenverhältnisse die Ausführungen des Herrn Dr. med. Sadelkow in Nr. 369 des „Vorwärts“ vom 7. d. M. unter dem Rubrum: „Honorarhunger der Kassenärzte“ liest, gerät er unbedingt in Zweifel darüber, ob er sich mehr über die Unkenntnis oder über die Leichtfertigkeit des Dr. S. wundern soll.

Zunächst hätte sich Dr. S. vor Abfassung seines Artikels über das behandelte Thema ein Privatgespräch mit den Vorsitzenden der Groß-Berliner Aerzte-Bundes halten lassen sollen.

Es wird von Dr. S. weiter behauptet, in den Reihen der Versicherten herrsche völlige Unklarheit über Art und Umfang der Entlohnung der Kassenärzte, — um im Anschluß an diese Behauptung die Honorarzählungen der Krankenkassen als ein „Trintgeld“ hinzustellen.

Die Verträge über die Honorarzählungen der Kassen werden zwischen den Kassenvertretern und den Aerzteorganisationen abgeschlossen. Die Honorarverträge zwischen Aerzten und Kassen bestehen nun schon seit mehreren Jahrzehnten, sie wurden stets in freier Vereinbarung geschlossen.

Die Verträge über die Honorarzählungen der Kassen werden zwischen den Kassenvertretern und den Aerzteorganisationen abgeschlossen. Die Honorarverträge zwischen Aerzten und Kassen bestehen nun schon seit mehreren Jahrzehnten, sie wurden stets in freier Vereinbarung geschlossen.

Die Verträge über die Honorarzählungen der Kassen werden zwischen den Kassenvertretern und den Aerzteorganisationen abgeschlossen. Die Honorarverträge zwischen Aerzten und Kassen bestehen nun schon seit mehreren Jahrzehnten, sie wurden stets in freier Vereinbarung geschlossen.

Die Verträge über die Honorarzählungen der Kassen werden zwischen den Kassenvertretern und den Aerzteorganisationen abgeschlossen. Die Honorarverträge zwischen Aerzten und Kassen bestehen nun schon seit mehreren Jahrzehnten, sie wurden stets in freier Vereinbarung geschlossen.

seine ausdrückliche Bereitwilligkeit erklärt hat, einer Vereinbarung über die Erhöhung des Versichertenbeitrags näherzutreten. Voraussetzung dafür muß aber sein, daß die Vertreter der Aerzte nicht nur mit solchen, die Versicherten und die Krankenkassen herabsetzenden Klagen, sondern mit einwandfreiem Zahlenmaterial aufwarten und den Nachweis führen, daß es ihnen ernst ist, mit den Kassenvertretern auch bezüglich der Familienversicherung zu einem beide Teile befriedigenden Abschluß zu gelangen.

Geradezu leichtfertig operiert Herr Sadelkow mit seiner Behauptung: „Nach Durchführung der Familienversicherung und der demnächst zu erwartenden abermaligen Erhöhung der Versicherungsgrenze auf 28 000 M. werden nahezu alle Menschen Kassenmitglieder sein.“

Groß-Berlin

Serienland.

Die großen Ferien wurden stets mit Sehnsucht erwartet und ein kleiner Knirps erklärte einmal, daß er „der Ferien wegen“ Lehrer werden wolle. Tausende von Proletariatskindern müssen in der Großstadt bleiben, und so war es zu begrüßen, daß die Gemeinden Ferienspiele veranstalteten, die außerordentlich segensreich gewirkt haben.

In der Abtei.

Gefang ist über die Spree, lauter Kinderjubel, froh werden wir begrüßt. Zahlreiche Kinderhände strecken sich uns entgegen. Da ist nichts von Schüchternheit, aber auch nichts von Frechheit zu spüren. Die Kinder bewegen sich ohne Scheu, doch mit jenem wohlwollenden Lächeln, von dem man wünscht, daß er allen Menschen eigen wäre.

In der Königsheide.

ist der rechte Platz für Indianerspiele: Die Kinder haben Zelte aufgeschlagen, in kleinen Gruppen liegen sie zerstreut umher, spielen, lesen oder erzählen sich. Eine Leiterin liest Märchen vor. Mit großer Aufmerksamkeit folgen ihre Zuhörer und Zuhörerinnen, und

wehe, wenn sie in einem bekannten Märchen etwas wegläßt, sie findet sofort harte Kritiker. Ueberall wird fleißig Ball gespielt, kein Wunder, daß der Verbrauch an Bällen recht groß ist. Auch hier halten die Kinder im allgemeinen selbst auf Ordnung. Papier verschandelt nicht die Heide, da es ständig beseitigt wird.

Unklarheit ist's, was dort in der Heide alles verloren wird: Schuhe, Socken, Hüte, Decken, Rucksäcke, Tücher usw. Alle diese Dinge werden gesammelt und, soweit möglich, den kleinen Berlinerern zurückgegeben.

Im vergangenen Jahre wurde viel über Gefindel geklagt, daß die Königsheide unsicher machte, so daß Patrouillen und Gendarmen dagegen aufgebunden werden mußten. In diesem Jahre ist diese lästige Befestigung weggelassen, trotzdem ist auch nach dieser Richtung für genügende Aufsicht gesorgt.

Man gewinnt den Eindruck, daß die Spiecke ausgezeichnet organisiert und gut geleitet sind, und so ist es begreiflich, wenn die Kleinen sich wohl fühlen und anstatt in enge Schulkäme zurückzukehren, mit Freuden ihren Schulunterricht hier draußen empfangen möchten, denn ihre Herzen sehnen sich nach Luft und Sonne.

Der Leichenteilfund im Engelbecken. Die Ermordete ein 18—24jähriges Mädchen.

Der Leichenteilfund im Duisenstädtischen Kanal, über den wir gestern berichteten, ist jetzt insofern geklärt, als man weiß, daß die zerstückelte Leiche die einer weiblichen Person ist. Am gestrigen Dienstag hat man auch noch den Kopf und was sonst noch fehlte, gefunden. Vom Kopfe fehlt nur der ganze Unterkiefer.

Auch die neugebundenen Leichenteile wurden im Schauhaufe von dem Arzt Dr. Strahmann jr. untersucht. Die kleinen Ohren weisen Ringlöcher auf. Auch das deutet auf eine Frau oder ein Mädchen hin. Die ebenfalls kleine Nase ist durch zwei von oben nach unten geführte Schnitte gespalten. Der Oberkiefer läßt erkennen, daß die Ermordete ein ungemein schlechtes Gebiß gehabt haben muß.

Aus dem Publikum, für das die Belohnung bestimmt ist, haben sich gestern schon eine Reihe von Leuten gemeldet, die Mitteilungen über vermißte Mädchen machten. Die Zahl dieser Mädchen, deren Verschwinden bisher nicht gemeldet war, ist hiernach wieder sehr groß. Die unbekannte Ermordete könnte, nach der Beschaffenheit der Leichenteile zu urteilen, erst seit etwa 14 Tagen vermißt werden.

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

Lautenbach durchmaß erregt das Zimmer und empfand es als eine Wohlthat, daß er der Erbitterung, die er jahrelang stumm hatte mit sich herumtragen müssen, Luft machen konnte. Er redete, ohne daß es der andere nötig hatte, zu fragen.

Rehrens hörte aufmerksam zu. Reiser war nicht nur grauam und holt, sondern auch raffiniert. In einer schwachen Stunde hatte er ihn, Lautenbach, überlistet, indem er ihn, der sich zu seinem Gesellschafter hergegeben hatte, einen Vertrag unterschreiben ließ, der sonderbare Klauseln enthielt.

„Was habe ich gearbeitet?“ fragte Lautenbach, „Tag und Nacht, unermüdet, bis ich mit meiner Gesundheit fast auf den Hund herunter war! Und ich habe es gern getan. Ich habe klein angefangen und wollte hochkommen. Das war mein einziger Wunsch, das war meine einzige Freude. Und es war auch schon so weit. Ich hatte alles verfügbare Geld in eine große Sache gesteckt, die totsicher war und die nur ein halbes Jahr Zeit brauchte, um auszureifen. Und da —“

„Und da?“ fragte Rehrens. Lautenbach ballte die Fäuste. — — und da kam er, der Lunte gerochen hatte, und kündigte sein Geld, das mir gerade jetzt unentbehrlich war und das ich mir von anderer Seite so schnell nicht beschaffen konnte. — kündigte es, alles, bis auf den letzten Pfennig, nur weil er wußte, daß er mich damit ruinieren mußte!“

„So, und hat er Sie ruiniert?“ „Rein, dazu ließ er es nicht kommen, das lag nicht in seinem Plan. Er ist ein Fuchs. Er legte mir neue Daumenschrauben an. Er wollte mir das Geld noch ein Jahr belassen, wenn ich einen neuen Vertrag unterschriebe, einen, der ihm fünfundsiebzig Prozent des Gewinnes an jener einen großen Sache sicherte, — und ich unterschrieb auch, nur um von diesem

Menschen loszukommen, dem ich nie etwas zu Leide getan hatte und der sich doch ein Vergnügen daraus machte, mich zu schinden!“

„Und so sind Sie jetzt von ihm frei?“ „Ja, Gott sei Dank. . . Und deshalb bleibt mir jetzt auch nichts anderes übrig, als aufs neue zu arbeiten, und ich kann an nichts anderes mehr denken, als wie ich das Geld wieder zusammenbringe, das mir der Räuber abgenommen hat. . . Undersuchen, es geht gut!“

„Und dabei werden Sie langsam alt,“ sagte Rehrens sehr weich, „immer älter und älter. . .“ „Ich bin noch nicht fünfzig. . .“

„Und doch haben Sie schon weiße Haare. Haben Sie das noch nicht bemerkt?“ Lautenbach fuhr sich über den Kopf hin und murmelte: „So ist das Leben. . .“

„Falsch,“ rief Rehrens aus, „ich finde nicht, daß das Leben so sein muß!“ „Wie sonst anders?“ fragte Lautenbach spöttisch, da er sich nun endlich erinnerte, daß er einen halb närrischen, halb komischen Sonderling vor sich hatte, einen entlassenen Sträfling, vor dem er sich dummerweise zu unvorsichtigen Bekenntnissen hatte hinreißen lassen.

„Wie anders? So, daß Sie, anstatt alle Ihre Kraft darauf zu verwenden, vorwärts zu kommen, endlich einmal daran denken, dort zu bleiben, wo Sie zufrieden und glücklich sein können. . . Oder glauben Sie, daß Sie ewig hier leben werden?“

„Ich habe Kinder. . .“ „Ja, denen Sie es beibringen, es ebenso zu machen, wie Sie es gemacht haben, und die ihre Kinder wieder daselbe lehren werden. . .“

„Wer sind Sie überhaupt?“ fragte Lautenbach gereizt, da er sich besann, daß er einem Menschen zuhörte, der aus dem Gefängnis kam.

Behrens stand auf und streckte Lautenbach die Hand hin. „Ein Mensch, dem Sie leid tun, weil Sie sich unzügelnd soviel plagen. . . Wollen Sie nicht meine Hand?“ Lautenbach sah zur Seite, um den Augen dieses zudringlichen Menschen zu entgehen.

Da zog Behrens seine Hand wieder bescheiden zurück und sagte, schon an der Tür: „Vohüt Sie Gott!“

Er fuhr mit der Hochbahn bis zur Lübecker Straße. Niemand hätte es ihm angefallen, daß er in Harwesthude eine eigene komfortable Villa besaß, während er sich jetzt in Hohenfelde die drei Treppen zu den zwei möblierten Zimmern hinaufbemühte, die er bei einer Witwe namens Brigitte Glöckner gemietet hatte.

Obwohl der neue Mieter erst kaum acht Tage bei ihr wohnte, hatte diese Frau ihn doch schon sehr schätzen gelernt. Seine Verhältnisse schienen ziemlich dürftig, aber es gab doch keinen, der heiterer war. Und die Art, wie er mit ihrem kleinen Mädchen, der vierjährigen Gertrud, verkehrte, ließ darauf schließen, daß er auch Kindern sehr zugetan war, was man von „möblierten Herren“ im allgemeinen nicht behaupten konnte.

Heute kam er ungewöhnlich spät. Frau Glöckner setzte ihm das Mittagessen vor, das hatte nachgewärmt werden müssen. Er verzehrte es, zog dann die Briestaste und sagte: „Liebe Frau, ich muß für einige Wochen verreisen.“

Frau Glöckner erschrak. Wollte sich auch dieser wieder davonmachen, kaum daß er ein wenig warm geworden war? Und sie dachte daran, wie schwer es war, einen ordentlichen und pünktlich zahlenden Mieter zu bekommen.

Behrens legte ihr zweihundert Mark auf den Tisch. „Als Vorschuß auf die Miete für die nächsten zwei Monate,“ sagte er, „und damit Sie eine Sicherheit haben, daß ich auch wieder komme.“

„Aber —“ wandte Frau Glöckner mit vor heißem Schreck glühendem Gesicht ein.

„Bitte, behalten Sie nur,“ versetzte er rasch, „und helfen Sie mir packen.“

Es war freilich nicht viel, was einzupacken war, es hatte alles in der braunen Segeltuchtasche von mittlerer Größe Platz, die ihr Besitzer bei einiger Anstrengung ganz gut selber tragen konnte.

Mit dieser Tasche begab sich Behrens wieder zur Hochbahn zurück, die ihn nach dem Hauptbahnhof brachte. Dort löste er ein Billett dritter Klasse zu dem Personenzug nach Berlin. Jeder, der es sah, wie er bescheiden in einer Ecke des Wagens saß, konnte ihn für einen Großvater halten, der zu seinen Enten auf Besuch fuhr.

(Fortf. folgt.)

Der verhaftete Kriminalbeamte.

Aus der Zeit des Krieges stammte eine Anklage wegen Bestechung, die der Bachmeister Max Künzel und den Kaufmann Bruno Baruch vor die Ferienstrafkammer des Landgerichts I führte. Herr Baruch hatte im Oktober 1919 in Berlin-Schöneberg in vierter Etage des Hauses Am Park 12 die früher von ihm gemieteten Räume an den Verein deutscher Filmkünstler weitervermietet. Es entwickelte sich daselbst ein starker Nachtbetrieb, der den Verdacht erregte, daß es sich um einen Spielklub handle. Am 25. Oktober 1919 hatte eine Streife der Schönerger Einwohnerwehr den Angeklagten Künzel getroffen, der das Haus mit mehreren Beamten überwachete und alsdann die Durchsuchung der Räume vornahm, während die Einwohnerwehrleute vor der Haustür warteten. Trotzdem die Durchsuchung keine Anhaltspunkte ergab, wurde dem Künzel von dem Kaufmann Baruch Schweigegebot angeboten, das er jedoch zurückwies. Er hatte aber das tragelose Bedeckte, von dem Anführer der Einwohnerwehrstreife nach der Wache im Rathaus gekauft zu werden. Er hatte nämlich beim Weggange erzählt, ihm sei ein Schweigegebot von 100 M. angeboten worden, er habe es aber zurückgewiesen. Dem Führer der Patrouille kamen Bedenken, ob er einen richtigen Kriminalbeamten oder einen Schwindler vor sich habe, und da auch der geforderte Ausweis auf einen andern Namen lautete, mußte Künzel mit zur Rathauswache wandern, wo er als Beamter erkannt wurde. Er meldete am nächsten Tage den Vorfall, erhielt jedoch eine Anklage, weil er als Beamter die Verfolgung einer strafbaren Handlung unterlassen habe.

Das Gericht sprach Künzel frei, da gegen ihn auch nicht des geringsten Vorwurfs vorliege, beurteilte aber den Angeklagten Baruch zu 1000 M. Geldstrafe. Das Gericht war der Ansicht, daß er Geld angeboten habe, um eine pflichtmäßige Meldung zu unterlassen.

Ein erdichteter Raubüberfall.

Eine fürchterliche Raubergeschichte wußte ein Hausmädchen zu erzählen, das vor einigen Tagen morgens von der Zeitungsfrau gefesselt aufgefunden wurde. Als die Zeitungsausträgerin in früher Morgenstunde das Haus Landsberger Allee 157/58 aufsuchte, fiel es ihr auf, daß die Tür für die Wohnung des Sanitätsrats Blumenthal aufstand. Da sie auch ein lautes Schreien vernahm, ging sie in die Wohnung, dessen Bewohner zurzeit an der Ostsee weilt, hinein, und nun fand sie dort das Hausmädchen Martha Schille an Händen und Füßen gefesselt in ihrem Bette liegend vor. Das Mädchen hat den bald darauf erschienenen Polizeibeamten an, von einem Mann überfallen worden zu sein. Eine Befragung der Wohnung ergab, daß alle Verhältnisse durchgewühlt und viele Wäsche- und Kleidungsstücke und andere Wertgegenstände geraubt waren. Die Ermittlungen ergaben aber alsbald, daß das Mädchen ein Märchen erzählt und daß es bei der Lustration der Wohnung selbst beteiligt gewesen war. Die Schille hatte einen Bräutigam, einen Bäcker Johann Thomas aus der Kaiser-Friedrich-Straße zu Neuhagen, der sie in Abwesenheit der Dienstherrin besucht hätte und mit dem sie den Plan eines fingierten Raubüberfalls besprochen hatte. Dieser wiederum teilte seinen Plan seiner in der Georgenkirchstraße wohnenden Schwester Gertrud mit, die heute an der Hand hatte, die festgelegt mit dabei waren. Nach dieser Aufdeckung wurde das Mädchen und sein Bräutigam festgenommen, jedoch ist es noch nicht gelungen, der Gertrud Thomas habhaft zu werden, die mit den gestohlenen Sachen flüchtig ist. Wer über diese und den Verbleib der Gegenstände Auskunft geben kann, wird gebeten, sich bei der Dienststelle B I, 1 der Berliner Kriminalpolizei zu melden.

Dose Kugeln.

Die Pressestelle des Polizeipräsidiums teilt uns zu den Ausführungen in Nummer 309 des "Vorwärts" über den Tod eines Unterwachtmeisters in Bitterfeld folgendes mit: Die Aufklärung des bedauerlichen Vorkommnisses beschäftigt bereits die Staatsanwaltschaft, der unverzüglich nach der Tat von der Kriminalpolizei Mitteilung zugegangen ist. Auch die Leiche des Unterwachtmeisters Hennig befindet sich im Gewahrsam der Staatsanwaltschaft.

Uhren und Schmuck.

Das Uhren- und Edelmetallgewerbe hält gegenwärtig in den Kammerböden, Lottower Str. 1/4 eine Ausstellung ab. Natürlich sieht man Uhren in allen Größen von der Standard abwärts, deren Schlag ein ganzes Haus durchhallt, bis zur kleinen Armbanduhr mit winzigstem Werk. Reuhelien, einfach und praktisch in der Handhabung, sind auf dem Gebiete der Konstruktoren (für Wäcker usw.) zu verzeichnen. Für die Frauenwelt von Interesse ist der Armhand-Goldring-Uhrhalter. Durch ihn soll die verbrauchteste Uhr wieder ein annehmbareres Aussehen gewinnen. Ein Feuerzeug macht für sich Reklame, das das Benzin spart und den Sitz selbst in sicheren Gewahrsam nimmt. Schöne Gläser sieht man aus Edelholz bearbeitet, dekoriert mit Emailleinslagen, die man Tafeldekoration nennt. Et wurden, bei sehr guter Flächenverteilung, auch ansprechende farbige Wirkungen erzielt. — Stark verarbeitete Weislingtabellen mit Farbarbeiteninslagen (an ihrer Stelle machen sich meistens meistens Gardinenzippen breit) nehmen stark für sich ein. — Eine niedliche Handarbeit sind Küppchen aus Wollfäden, die, auf eine Grammophonplatte gesetzt, nimmermüde im Kreise sich drehend, eine Begleitung des Musikstückes werden. Silberne Schalen, nach altheimischem Muster gearbeitet, lenken die Aufmerksamkeit auf sich. Das tut aber auch der so zahlreich ausgestellte Schmuck. Man sieht geschmackvolle Eisenbeinhänger, mit der Hand angelegte silberne Eihouetten häßliche Halbedelsteine. Malereien auf Selde unter Glas und gefärbtes Silber als Steinimitation, die man sich wohl gefallen lassen.

Etliche der ausgestellten Gegenstände genügen keinen hohen Anforderungen; sie werden zur unwillkürlichen Dekoration für die guten Arbeiten.

Ein unauffindbarer Besorgungschwindler.

Seit etwa 1 1/2 Jahren treibt ein Schwindler in Berlin sein Wesen, ohne daß es bisher gelingen wollte, seiner habhaft zu werden. Der ca. 25 bis 30 Jahre alte Mann hat es besonders auf Boten und Laufburschen abgesehen. Nach vorheriger Beobachtung spricht er die jungen Leute an und bittet sie, für ihn gegen Bezahlung eine Besorgung zu machen, wobei er sich bereit erklärt, das Paket des Boten in Verwahrung zu nehmen. Um die jungen Leute ganz sicher zu machen, nennt er irgendeine große Summe, die sie abholen sollen oder bezeichnet ihnen Waren von hohem Werte als Abholungsobjekt. In anderen Fällen spielt er sich als Freund oder Proturist des Chefs auf und führt zum Schein Telefongespräche aus, wodurch es ihm in vielen Fällen gelungen ist, das Vertrauen des Burschen zu gewinnen, so daß dieser ihm nicht nur Waren, sondern auch mehrfach eipassiertes Geld verabfolgt hat. Nach den zahlreichen Anzeigen, die bei der Kriminalpolizei bereits vorliegen, befaßt sich der Schwindler in der Frage kommenden Firmen auf mehrere hunderttausend Mark. Vielfach sind die betroffenen jungen Burschen auch in den Verdacht der Unterschlagung gekommen und haben ihre Stellung verloren. Täglich gehen neue Anzeigen bei der Polizei ein, ein Zeichen, daß der Gauner seine Tätigkeit nach wie vor in derselben Weise fortsetzt.

Jeder Geschäftsinhaber sollte deshalb seine Boten vor dem gemeingefährlichen Treiben des Schwindlers warnen und irgendwelche Wahrnehmungen, die er selbst gemacht hat, der Kriminalpolizei (Inspektion B I 3, Zimmer 154 K) mitteilen. Die Beschreibung des Täters ist sehr verschieden. Festzustehen scheint, daß der Betrüger etwa 1,70 Meter groß und schlank und 25 bis 30 Jahre alt ist. Er trägt einen kleinen gestuhten Schnurrbart und geht sehr elegant gekleidet. Im Oberkiefer hat er einen Goldzahn.

Mißstände in Krankenhäusern.

Wir erhalten von dem Betriebsrat eines Berliner Krankenhauses eine Zusammenfassung der von dem Betriebsrat ermittelten: Die Verhältnisse in den Krankenhäusern Berlins lassen es notwendig erscheinen, die breitere Öffentlichkeit dafür zu interessieren. Drei Dinge sind es, die ich in meinen Ausführungen einmal ganz besonders beleuchten möchte, und zwar 1. die Mängel der Reinigungsmaterialien, 2. die Mängel der Personalbesetzung, 3. die Einschränkung des Personals. Der Mangel an Personal ist so groß, daß wir es erleben mußten, daß Frauen, die zur Entbindung kamen, das Hemd, das sie bei der Entbindung trugen, noch bis zu fünf Tagen nach derselben trugen, weil es nicht möglich war, ihnen ein sauberes Hemd zu geben. Hierbei möchte ich eine Tatsache erwähnen, die sich vor circa 6 Monaten, als wir noch kalte Tage hatten, infolge der Kohlenersparnis zugetragen hat. Demals mußten wir erleben, daß die Oberärztin morgens dem Herrn Oberinspektor ein in der Nacht geborenes Kind, das vor Kälte vollständig blau und steif war, auf den Tisch legte und tränenden Auges darüber fliegte, daß sie nicht in der Lage sei, das Kind zum Leben zu bringen, da es ihr an jeder Möglichkeit fehle, das Kind zu erwärmen.

Ganz besondere Beachtung verdienen auch die Mißstände, die im Kinderkrankenhaus in der Reinickendorfer Straße an der Tagesordnung sind. Dort hat z. B. eine Pflegerin zeitweise den Nachtdienst bei 30 und mehr Kindern zu versehen. Es handelt sich dabei um Kinder, die an Keuchhusten, Masern, Scharlach, Diphtherie, Ruhr und derartigen Krankheiten leiden. Ganz abgesehen davon, daß die Pflegerinnen unter der Fülle der zu verrichtenden Arbeiten fast zusammenbrechen, muß man die Notwendigkeit einsehen, daß sie, wenn sie ihre Arbeit auch nur annähernd korrekt ausführen wollen — ich habe dabei nur das Essen geben, Waschen und Temperaturmessen im Auge —, die Kinder schon um 2 oder spätestens 3 Uhr aus dem Schlaf nehmen muß.

Zusammenfassend möchte ich sagen: so tief bedauerlich die Mißstände sind, die sich auf diesem Gebiete zeigen, so ist das Allerschlimmste dabei, daß sie in der Tat nicht alle auf ein Verschulden einzelner Personen zurückgeführt werden können.

Infolge des unzureichenden Reinigungsmaterials ist es ganz einfach nicht möglich, die Krankenzimmern so sauber zu halten, wie es vom hygienischen Standpunkt aus unbedingt erforderlich wäre. Die schlimmsten Gefahren jedoch werden hervorgerufen durch die Einschränkung des Personals; auch hier mögen einige Beispiele sprechen. Vor einigen Wochen hatten wir den Fall zu verzeichnen, daß auf einer Station nur eine Pflegerin vorhanden war. Diese mußte, da sich ein operativer Einoriff plötzlich notwendig machte, die Karofe machen; währenddessen bekam eine andere Frau in einem Krankensaal einen Blutsturz. Natürlich konnte die Pflegerin nicht von der Karofe fortlaufen, eine andere Pflegerin war nicht zugegen, alle Umstände die Frau, die den Blutsturz hatte, hilflos blieben. Die angestellten Ermittlungen ergaben, daß sowohl die Oberärztin als auch eine andere Schwester unter der Last der Arbeit zusammengebrochen waren. Sehr geht man dazu über, auch das Hauspersonal zu verringern. Man verfährt dabei ganz willkürlich, indem man ganz einfach von jeder Station eine Person entfernt. Dabei wird ganz außer acht gelassen, ob die Arbeiten, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Reinlichkeit notwendig sind, bewältigt werden können oder nicht.

Die hier angeführten Mißstände bedürfen der ernsthaftesten Nachprüfung. Es wird Sache des Magistrats und der Stadtverordneten sein, den Dingen nachzugehen und für Besserung zu sorgen.

Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer.

Das Landesfinanzamt Groß-Berlin, Abteilung für Besteuerung, teilt mit: Es ist bekannt geworden, daß einzelne Steuerbesteuerte die Annahme von Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1920 wie auf die vorläufige Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1921 abgelehnt und den Steuerpflichtigen geraten haben, die Steuer erst nach Zustellung des Steuerbescheides zu entrichten. Dieses Verfahren ist unzulässig und werden die sämtlichen Gebefellen hierauf noch besonders hingewiesen werden. Demnach wird noch ausdrücklich, daß Steuerbeträge, die bis zum Schluß des Rechnungsjahres nicht gezahlt sind, von diesem Zeitpunkt ab verzinst werden müssen.

Der Absender auf Ansichtskarten.

Ansichtskarten werden jetzt bekanntlich als Drucksache gegen die ermäßigte Gebühr von 15 Pf. befördert, auch wenn auf der Vorderseite Grüße oder ähnliche Höflichkeitsformeln mit höchstens fünf Worten niedergeschrieben sind. Einzelne Postämter haben nun aus dieser Bestimmung geschlossen, daß sonst nichts auf diese Karten geschrieben werden darf. Selbstverständlich dürfen außerdem der Tag der Absendung, die Unterschrift, der Stand und der Wohnort mit der Wohnung des Absenders handschriftlich angegeben werden. Es bedürfte eines besonderen Bescheides des Reichspostministeriums, um diese Frage zu entscheiden. Die genannten Angaben sind nach der Postordnung auf allen Druckfachen zulässig.

Der Deutsche Desinfektoren-Bund e. V. veranstaltet am 14. und 15. August den 4. Deutschen Desinfektorenkongress in Berlin. Die Eröffnung findet am Sonntag, den 14. August, vormittags 10 Uhr, im Volkspalast, Saal 179, Eingang Alexanderstraße, statt. Referate werden über: Die neue preussische Desinfektionsordnung, Professor Dr. Wagener, Spanbau und über: Die Kolonialpolitik der Schädlinge- und Parasitenbekämpfung, Prof. Wilhelm von der Biologischen Reichsanstalt in Jülich, gehalten. Außerdem werden die beruflichen und wirtschaftlichen Fragen der Desinfektoren eingehend erörtert werden.

Referat wurde am Sonnabend, den 6. August, auf dem Sommerfest des Reiches Berlin-Mitte ein grüner Bodenmantel. Der eheliche Rinder wird dringend gebeten, den Mantel beim Kreisvorsitzenden Genossen Riese, Fehrbelliner Straße 57, abzugeben.

Luitung: Für Mutter und Tochter — Altknecht Straße — sind eingegangen: von E. Dossmann 3 M., ein Abonnent 15 M., von unbekannter Seite 50 M., gesammelt im Parteilokal Kramer 30 M.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Mittwoch, den 10. August:

- 1. Abt. 7 1/2 Uhr in Ruben Gäßchen, Friedrichstr. 29. Tagesordnung: Auffassung der Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl.
2. Abt. 7 Uhr in der Schulaula Hohenschloßstraße. Referent Genosse Wintner: Die Tätigkeit unserer Stadtverordneten und die bevorstehende Stadtverordnetenwahl.
3. Abt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Christburger Str. 14. Referentin Genossin Böhm-Schuch, R. d. A.: Die politische Lage und die Stadtverordnetenwahlen.
4. Abt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Gensfeldstr. 6. Referent Genosse Reinhardt: Unsere Stellung zu den Parteien.
5. Abt. Charlottenburg. 7 1/2 Uhr in der Schulaula im "Birnenbaum", Gehrenstr. 17. Referent Genosse Hebert: Die Stadtverordnetenwahlen. 2. Auffassung der Kandidaten. Erschienen jedes Genossen ist Pflicht.
Wilmersdorf. 7 1/2 Uhr in der Schulaula im "Hof" in der Stadtport an der Kaiserallee. Thema: Die bevorstehende Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen. — 7 1/2 Uhr in der Schulaula im "Hof" in der Stadtport an der Kaiserallee. Thema: Die bevorstehende Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen. — 7 1/2 Uhr in der Schulaula im "Hof" in der Stadtport an der Kaiserallee. Thema: Die bevorstehende Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen.
6. Abt. Prenzlauer Berg. 7 1/2 Uhr in der Schulaula im "Hof" in der Stadtport an der Kaiserallee. Thema: Die bevorstehende Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen.
7. Abt. Prenzlauer Berg. 7 1/2 Uhr in der Schulaula im "Hof" in der Stadtport an der Kaiserallee. Thema: Die bevorstehende Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen.
8. Abt. Prenzlauer Berg. 7 1/2 Uhr in der Schulaula im "Hof" in der Stadtport an der Kaiserallee. Thema: Die bevorstehende Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen.
9. Abt. Prenzlauer Berg. 7 1/2 Uhr in der Schulaula im "Hof" in der Stadtport an der Kaiserallee. Thema: Die bevorstehende Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen.
10. Abt. Prenzlauer Berg. 7 1/2 Uhr in der Schulaula im "Hof" in der Stadtport an der Kaiserallee. Thema: Die bevorstehende Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen.

- 1. Abt. Prenzlauer Berg. 7 1/2 Uhr in der Schulaula im "Hof" in der Stadtport an der Kaiserallee. Thema: Die bevorstehende Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen.
2. Abt. Prenzlauer Berg. 7 1/2 Uhr in der Schulaula im "Hof" in der Stadtport an der Kaiserallee. Thema: Die bevorstehende Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen.
3. Abt. Prenzlauer Berg. 7 1/2 Uhr in der Schulaula im "Hof" in der Stadtport an der Kaiserallee. Thema: Die bevorstehende Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen.
4. Abt. Prenzlauer Berg. 7 1/2 Uhr in der Schulaula im "Hof" in der Stadtport an der Kaiserallee. Thema: Die bevorstehende Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen.
5. Abt. Prenzlauer Berg. 7 1/2 Uhr in der Schulaula im "Hof" in der Stadtport an der Kaiserallee. Thema: Die bevorstehende Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen.
6. Abt. Prenzlauer Berg. 7 1/2 Uhr in der Schulaula im "Hof" in der Stadtport an der Kaiserallee. Thema: Die bevorstehende Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen.
7. Abt. Prenzlauer Berg. 7 1/2 Uhr in der Schulaula im "Hof" in der Stadtport an der Kaiserallee. Thema: Die bevorstehende Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen.
8. Abt. Prenzlauer Berg. 7 1/2 Uhr in der Schulaula im "Hof" in der Stadtport an der Kaiserallee. Thema: Die bevorstehende Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen.
9. Abt. Prenzlauer Berg. 7 1/2 Uhr in der Schulaula im "Hof" in der Stadtport an der Kaiserallee. Thema: Die bevorstehende Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen.
10. Abt. Prenzlauer Berg. 7 1/2 Uhr in der Schulaula im "Hof" in der Stadtport an der Kaiserallee. Thema: Die bevorstehende Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen.

Morgen, Donnerstag, den 11. August:

- 1. Abt. Prenzlauer Berg. 7 1/2 Uhr in der Schulaula im "Hof" in der Stadtport an der Kaiserallee. Thema: Die bevorstehende Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen.
2. Abt. Prenzlauer Berg. 7 1/2 Uhr in der Schulaula im "Hof" in der Stadtport an der Kaiserallee. Thema: Die bevorstehende Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen.
3. Abt. Prenzlauer Berg. 7 1/2 Uhr in der Schulaula im "Hof" in der Stadtport an der Kaiserallee. Thema: Die bevorstehende Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen.
4. Abt. Prenzlauer Berg. 7 1/2 Uhr in der Schulaula im "Hof" in der Stadtport an der Kaiserallee. Thema: Die bevorstehende Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen.
5. Abt. Prenzlauer Berg. 7 1/2 Uhr in der Schulaula im "Hof" in der Stadtport an der Kaiserallee. Thema: Die bevorstehende Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen.
6. Abt. Prenzlauer Berg. 7 1/2 Uhr in der Schulaula im "Hof" in der Stadtport an der Kaiserallee. Thema: Die bevorstehende Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen.
7. Abt. Prenzlauer Berg. 7 1/2 Uhr in der Schulaula im "Hof" in der Stadtport an der Kaiserallee. Thema: Die bevorstehende Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen.
8. Abt. Prenzlauer Berg. 7 1/2 Uhr in der Schulaula im "Hof" in der Stadtport an der Kaiserallee. Thema: Die bevorstehende Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen.
9. Abt. Prenzlauer Berg. 7 1/2 Uhr in der Schulaula im "Hof" in der Stadtport an der Kaiserallee. Thema: Die bevorstehende Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen.
10. Abt. Prenzlauer Berg. 7 1/2 Uhr in der Schulaula im "Hof" in der Stadtport an der Kaiserallee. Thema: Die bevorstehende Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen.

Frauenveranstaltungen am Donnerstag, den 11. August:

- 1. Abt. Prenzlauer Berg. 7 1/2 Uhr in der Schulaula im "Hof" in der Stadtport an der Kaiserallee. Thema: Die bevorstehende Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend. Treffpunkt: 6 1/2 Uhr, Lindenstr. 3, 2. Hof links. 2 Treppen rechts. Telefon Nr. 121 06-10.

Heute, Mittwoch, den 10. August, 7 1/2 Uhr:

- 1. Abt. Prenzlauer Berg. 7 1/2 Uhr in der Schulaula im "Hof" in der Stadtport an der Kaiserallee. Thema: Die bevorstehende Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen.
2. Abt. Prenzlauer Berg. 7 1/2 Uhr in der Schulaula im "Hof" in der Stadtport an der Kaiserallee. Thema: Die bevorstehende Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen.
3. Abt. Prenzlauer Berg. 7 1/2 Uhr in der Schulaula im "Hof" in der Stadtport an der Kaiserallee. Thema: Die bevorstehende Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen.
4. Abt. Prenzlauer Berg. 7 1/2 Uhr in der Schulaula im "Hof" in der Stadtport an der Kaiserallee. Thema: Die bevorstehende Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen.
5. Abt. Prenzlauer Berg. 7 1/2 Uhr in der Schulaula im "Hof" in der Stadtport an der Kaiserallee. Thema: Die bevorstehende Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen.
6. Abt. Prenzlauer Berg. 7 1/2 Uhr in der Schulaula im "Hof" in der Stadtport an der Kaiserallee. Thema: Die bevorstehende Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen.
7. Abt. Prenzlauer Berg. 7 1/2 Uhr in der Schulaula im "Hof" in der Stadtport an der Kaiserallee. Thema: Die bevorstehende Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen.
8. Abt. Prenzlauer Berg. 7 1/2 Uhr in der Schulaula im "Hof" in der Stadtport an der Kaiserallee. Thema: Die bevorstehende Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen.
9. Abt. Prenzlauer Berg. 7 1/2 Uhr in der Schulaula im "Hof" in der Stadtport an der Kaiserallee. Thema: Die bevorstehende Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen.
10. Abt. Prenzlauer Berg. 7 1/2 Uhr in der Schulaula im "Hof" in der Stadtport an der Kaiserallee. Thema: Die bevorstehende Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen.

Eine Konferenz der erwachsenen Mitarbeiter findet am Sonnabend, den 13. August, 7 Uhr, im Jugendheim, Lindenstr. 3, statt. Tagesordnung: Vortrag: Die Aufgaben der erwachsenen Mitarbeiter bei der kommenden Winterarbeit.

Filmschau.

Im Sportpalast gibt es als Uraufführung einen Sensationsfilm "Der Tag der Vergeltung" mit Oia Höng in der Hauptrolle. Baron von Straten, genannt der "Liger", macht keine Arbeiter und beantwortet ihre Lohnforderungen mit Ausbeutung. Unheimberg vernichtet er die Konturen. Am Weihnachtsabend, einmal am Ramin strand, zieht er in Traum sein ganzes bisheriges Leben an ihm vorbei. Im Anblick seines offenen Grabes erlöst ihn Grauen und erweckt, gelobt er, das vergangene Unrecht wiedergutzumachen. Technik und Regie haben gewirtschaftet, Harz und ausdrucksvolle Bilder voll Leben herauszubringen; die Genies in der Besetzung und die Gruppe der freitenden Arbeiter vor der Villa des "Ligers" sind auf dem Leben gegriffen. — Das anschließende Lichtspiel "Das Badhotel" bietet ein umfängliches Bild modernen Badelbens, das Edith Pichler und Einar Jangenberg Gelegenheit gibt, Hauptrollen zu entfallen.

Arbeiter Sport.

Kartell für Sport und Körperpflege Wilmersdorf-Schmargendorf (Arbeiter-Sportarten). Außerordentliche Versammlung aller Mitglieder der dem Kartell angeschlossenen Vereine am Donnerstag, den 11., 8 Uhr, auf dem Turnplatz Wilmersdorfer Straße. Kartellvorstand eine Stunde vorher.

Arbeiter-Wassersport-Verein. Kreis I. Freitag, den 12. August, abends 7 Uhr, bei Wafello, Platanenbergr, Hauptstraße 6, Springübungsstunde für Springer und Springreiter.

Arbeiter-Radsport-Verein. Solidarität. Außerordentliche Tagelationskommissionssitzung am 12. August, Rungestr. 7. — Sportausflug, Sitzung am 12. August, Rungestr. 7.

Aus aller Welt.

Ein Attentat im Schnellzug Le Havre-Paris. In der Nacht zum Sonntag ist ein Attentat in einem französischen Schnellzug verübt worden. Im Schnellzug Le Havre-Paris wurde um vier Uhr morgens der schweizerische Staatsangehörige E. Bener überfallen und seiner Brieftasche beraubt, die 800 Franken und seine Papiere enthielt. Obwohl ein anderer Reisender ihm zu Hilfe kam, gelang es dem Mörder, die Notbremse zu ziehen und aus dem Zuge zu entfliehen. Er ist jedoch später verhaftet worden.

Örtliche. Drei Touristen, welche sich Sonntag, den 8. August, im Nordtiroler Karwendelgebirge betrogen hatten, wurden Sonntag, den 8. August, geborgen. Sie befinden sich wohl, sind aber sehr erschöpft.

Wilmkommener Besuch. 30 italienische Studenten unter Führung ihres Professors sind in München eingetroffen, um eine längere Studienreise durch Deutschland zu unternehmen. — Italien hat 30 deutschen Studenten eine Studienfahrt durch Italien gestattet.

Der Würgengel. In Frankreich sind nach offiziellen Berichten während des Krieges 80 000 Soldaten an der Tuberkulose gestorben.

Atlantikflug am 25. August. Das von Nordamerika angelaufene Dampfschiff "Z R 2" wird am 25. August den Flughafen in Howden Port in England verlassen, um seinen Flug über den Atlantischen Ozean anzutreten. Je nach den atmosphärischen Umständen geduldet der Führer des Schiffes die Fahrt in drei bis fünf Tagen zurückzulegen.

Kriegsschiffe als altes Eisen. Seit dem Waffenstillstand hat die britische Admiralität mehr als 500 Kriegsschiffe auf die Liste der veralteten Schiffe überschrieben, darunter 38 Schlachtschiffe, zwei große und 87 kleine Kreuzer, 300 Torpedojäger und 103 U-Boote.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Kriegsvereine ehemaliger Kriegsgenossen. Gruppe Norden I. Donnerstag 7 1/2 Uhr im Restaurant "Berlin-Größe", Schönehauser Allee 28. — Arbeiter-Camarades-Kolonne Berlin. E. B. Mt. Wedding. Grenzauer Werkstatt. Der Vortrag am Donnerstag, den 11. d. M., fällt aus. 1. Charlottenburg. Mitgliederversammlung am Freitag, den 12. d. M., abends 7 Uhr, im Lokal von Thien, Kaiser-Friedrich-Str. 68.

Wirtschaft

Die Abwanderung der Sachwerte.

Als die Forderung nach einer Beteiligung des Reiches an den Goldwerten zum Zwecke der Wiedergutmachung erhoben wurde, waren die unentwegten Schützer des Privatkapitals sofort mit der Behauptung bei der Hand, man wolle die deutsche Produktion der „Ententeökonomie“ aussetzen. Man verschwieg dabei aus naheliegenden Gründen, daß die Kapitalflucht schon seit langer Zeit im Gange ist und daß insbesondere deutsche Produktionsmittel in steigendem Maße für das Ausland arbeiten, ohne daß die Regierung sich einen Anteil an ihrem Ertrag rechtzeitig gesichert habe. Man verschwieg auch, daß die Gefahr der Ueberforderung bei dem anhaltenden Valutastand mit jedem Tage wächst. Neuerdings sind wieder deutsche Sachwerte in die Hand des Auslandskapitals übergegangen, ohne daß viel Aufhebens davon gemacht worden wäre. Erst kürzlich verzeichneten die Börsenblätter holländische Käufe von Phosphaten. Jetzt ist ein großes Unternehmen der Gerb- und Farbstoffindustrie von einer argentinischen Konkurrenzfirma gekauft worden. Die Gerb- und Farbstoffwerke H. Renner u. Co. A.-G. in Hamburg, die in der Hauptsache Gerbgerätschaften verarbeiten und schon früher in einer Interessengemeinschaft mit der Compania Forestal del Obeco in Buenos Aires gesandten hatte, macht ihrer Generalversammlung den Vorschlag, durch käufliche Ueberlassung der Aktien an dieses argentinische Unternehmen den Betrieb dem fremden Kapital zu überlassen.

Es ist das der erste Fall, wo ein großes deutsches Unternehmen mit Haut und Haaren dem ausländischen Kapital verschrieben wird. Die Gerb- und Farbstoffwerke H. Renner waren bis zum Kriege in hohem Maße von der Einfuhr argentinischer Hölzer abhängig, hatten sich später auf die Verarbeitung einheimischer Eichen- und Kastanienhölzer umgestellt und sah sich nach ihren Angaben jetzt von der Konkurrenz der argentinischen Firma bedroht. In der Mitteilung, die die Verwaltung an die Presse ergab, wird der Vorwurf erhoben, die Regierung habe sie trotz ihrer Anträge vor der Konkurrenz argentinischer Gerbstoffwerke nicht geschützt, und zwar wegen des Auftretens der Lederindustrie. Es ist dies die übliche Art, wie man die kapitalistischen Interessen eines Unternehmens mit angeblichen Mißgriffen der Regierung zu beschönigen versucht. Wenn die sonst sehr „national“ geleitete Lederindustrie — man erinnere sich an den trefflichen Abgeordneten Hugo — sich für die Einfuhr ausländischer Gerbstoffe ausgesprochen hat, wird das daran gelegen haben, daß sie sich von der deutschen Gerbstoffindustrie zu sehr überfordert fühlte und ihr deshalb den Segen einer wirklichen freien Konkurrenz mit dem Ausland gegönnt hat. Dieser Konkurrenz fühlte sich das Hamburger Werk offenbar nicht gewachsen und es suchte sich jetzt unter argentinischer Schutzherrschaft.

So entgeht dem deutschen Volk nach und nach das Vermögensrecht über die mit seiner Arbeitskraft geschaffenen Produktionswertstoffe. Wenn die genannte Gesellschaft daraus verweist, daß der Betrieb ja in deutschen Händen bleibt, daß den Arbeitern und Beamten die Beschäftigung gesichert ist, und daß die mit dem Betrieb verbundenen Abgaben dem Reich verbleiben, so ist das mit dem schlechteren Trost. Die Aktionäre der Renner u. Co. erhalten für ihre veräußerten Aktien Valutaerlöse. Die deutsche Arbeitskraft aber wird nicht mit den Weltmarktlöhnen bezahlt. — Die Abgaben jedoch, die das Reich aus einem Betrieb lösen kann, sind, wie die Entwicklung der Dividenden in den letzten Jahren beweist, nicht so erheblich, daß sie auch nur einen wesentlichen Bruchteil der erzielten Gewinne ersetzen. Es ist nur zu begreifen, wenn das Privatkapital sich gegen eine Erfassung der Goldwerte wehrt. Dann wäre nämlich die Möglichkeit solcher gewinnbringenden Transaktionen erheblich eingeschränkt, und wenn sie trotzdem erfolglos, so läme ihr Ertrag auch dem Reparationskonto zugute. Aber man sollte wenigstens so ehrlich sein und auf das nationale Wäntelchen bei der Verteidigung der Profitinteressen verzichten.

Die Vorbereitungen Deutschlands zum Handel mit Sowjetrußland. Eine Reihe von deutschen Unternehmungen haben einer „Dena“-Weidung zufolge in Riga und Altau Filialen, Bureaus und Niederlagen errichtet. Diese beiden Häfen sollen Stützpunkte des deutschen Handels nach Sowjetrußland werden.

Die Konzentration in der Textilindustrie. Die bekannte Tuchfabrik Gebr. Hansen, Reumünster-Berlin, die in letzter Zeit mit mehreren Fabriken enger Beziehungen angeknüpft hat, hat nunmehr auch mit den Tuchfabriken A. Paasche, Burg bei Magdeburg, eine enge Interessengemeinschaft geschlossen. Letztere sind unter Führung von Gebr. Hansen in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden. Der Zusammenschluß soll nicht nur dem gemeinsamen Ein- und Verkauf, sondern auch in der Hauptfrage der Fabrikation dienen.

Englische Kohle in Deutschland. Seit Beginn der vorigen Woche ist ein wesentlicher Aufschwung der Ausfuhr englischer Kohlen erfolgt. Im Laufe der vorigen Woche trafen im Hamburger Hafen 10 Dampfer mit vollen Kohlenlabungen aus England ein.

Deutschlands Ausfuhr nach England. Im Unterhaus teilte die englische Regierung mit, daß die deutsche Einfuhr nach England vom 1. Januar bis 30. Juni d. J. sich auf 11 797 491 Pfund Sterling belaufe gegenüber 11 895 948 Pfund Sterling in derselben Zeit des Vorjahres. — Sie hat also ein wenig zugenommen.

Soziales.

Die Konsumgenossenschaften in den Vereinigten Staaten. Ueber die Genossenschaftsbewegung in Amerika ist bei uns naturgemäß erst wenig Kenntnis verbreitet. Um so begrüßenswerter und

dankbarer war daher ein Vortrag des Präsidenten des Genossenschaftsverbandes in Amerika, Herrn Professor A. B. Warbasse, den er Ende Juli im Sitzungssaal des Gebäudes der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg vor einer Versammlung mitwirkender Genossenschaftler hielt. Herr Warbasse, der die Entfaltung und Stärke des Konsumgenossenschaftswesens der größten europäischen Staaten in Augenschein nimmt und auf dem internationalen Genossenschaftskongreß in Basel im August zugegen sein wird, offenbarte in seiner höchst sympathischen Rede glaubensvollen Internationalismus, hehre Begeisterung für die hohen genossenschaftlichen Ideale und hoffnungsvollen Willens- und Tatendrang. Eigenschaft, die seine ihn begleitende Gattin rühmendsterweise mit ihm teilt. Die Zuhörer des ruhigen Abends, Vertreter des Vorstandes des Zentralverbandes wie der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H., ferner der Verbraucherkammer Hamburg, der Hamburger „Produktion“ und eine weitere Anzahl geladener Gäste, nahmen mit großem Interesse die in deutscher Sprache gemachten Ausführungen entgegen. Wir sind in der angenehmen Lage, die unterrichtende, wirkungsvolle Ansprache nachstehend zu veröffentlichen.

Herr Professor A. B. Warbasse, Praesident of the Co-operative League of America, sagte folgendes:

„Als Amerikaner bereitet es mich Freude, vor einer Versammlung deutscher Genossen auf deutschem Boden zu stehen. Sie können es mir glauben, es gereicht mir zu großer Genugtuung, Ihnen in die Augen zu schauen und Sie als Genossenschaftskameraden zu erkennen. Ich bin Amerikaner, weil es der Zufall meiner Geburt so wollte, aber ich bin Internationalist aus freier Wahl. Meinen höchsten Patriotismus behalte ich für die Vereinigten Staaten der Welt vor.“

Ich überbringe Ihnen kameradschaftliche Grüße von den amerikanischen Genossen. Sie haben einen schweren Kampf vor sich gehabt. Noch schwerer aber ist der unsrige. Bei Ihnen gibt es Gemeinschaft, eine gemeinsame Sprache und gemeinsame Traditionen. Die deutsche Arbeiterschaft hat es in der Erkenntnis der volkswirtschaftlichen Grundzüge schon sehr weit gebracht. Wir haben 110 Millionen Menschen, die jede Nationalität der Welt vertreten und über ein 3000 Meilen weites Land verstreut sind. Unter ihnen ist das Verständnis der wirtschaftlichen Grundzüge ein sehr geringes. In den Vereinigten Staaten geht es unter den Arbeitern mit der Förderung der sozialen Bewußtseins sehr langsam. Viele von unseren Genossenschaften bestehen ausschließlich aus einer Nationalität. So gibt es Genossenschaften, die ganz aus Finnländern, Deutschen, Skandinaviern, Polern, Italienern, Französisch-Belgiern, Juden und Negern bestehen. Alle diese Genossenschaften erleben ihre Geschäfte in ihrer Muttersprache. In Bezirken, wo keine besondere Nationalität überwiegen vertreten ist, finden wir oft viele Rassen zu einer einzigen Organisation vereinigt. Kürzlich habe ich eine Genossenschaft besucht, die aus 14 verschiedenen Nationalitäten bestand. Es finden sich auch merkwürdige Vereinigungen verschiedener Religionen in unseren Genossenschaften vertreten. Vor kurzem war ich zu einem genossenschaftlichen Essen in dem Gebäude des Christlichen Vereins junger Frauen in Cincinnati, Ohio, eingeladen. Mir gegenüber saß ein finnischer Kommunist und Atheist, auf einer Seite neben ihm ein katholischer Priester und ein jüdischer Zigarrenmacher, und auf der anderen Seite saßen eine sozialistische Journalistin und ein Bankkommissar; der Vorsitzende war ein höchst konservativer Schuldirektor, und der Hauptredner an diesem Abend war ein hervorragender genossenschaftlicher Anarchist.

Es gibt ungefähr 3000 Konsumvereine in den Vereinigten Staaten mit einer Gesamtmitgliedschaft von etwa 750 000 Familien. Außerdem gibt es 150 Bankgenossenschaften und eine weit größere Zahl von Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit. Diese Gesellschaften haben über 9 Millionen Mitglieder und über 10 Milliarden Dollar laufende Versicherungen. Im verstorbenen Jahr erhoben sie 100 Millionen Dollar Prämien von ihren Mitgliedern. Die Feuerversicherungsorganisationen für Landleute gehören zu den erfolgreichsten Arten solcher Gesellschaften. Es gibt ungefähr 2000 von diesen genossenschaftlichen Feuerversicherungsgesellschaften mit Versicherungspolicen auf Eigentum im Werte von mehr als 5 Milliarden Dollar. Aber diese Versicherungsgesellschaften sind noch nicht mit unserer Genossenschaftsbewegung vereinigt. Die landwirtschaftlichen Produzenten haben eine wohlorganisierte Genossenschaftsbewegung. Es gibt ungefähr 12 000 von diesen Genossenschaften, und sie betreiben sehr große Geschäfte. Sie suchen das dänische Organisationsystem zu befolgen.

The Co-operative League of America ist ein Verband von Konsumgenossenschaften; er existiert erst seit 5 Jahren. Es ist lediglich ein Propagandaverband, der sich, außer dem Verlag und Verkauf von Drucksachen, mit keinen Handelsgeschäften befaßt. Eine nationale Großhandelsorganisation gibt es nicht. Aber es gibt fünf Bezirksorganisationen. Ihr Gesamtumsatz beträgt ungefähr 10 Millionen Dollar jährlich. Unsere Bewegung nimmt jedoch zu, und ihr Wachstum ruht auf fester Grundlage.

Die meisten Genossenschaften fangen mit Läden an. Es gibt etwa 35 Genossenschaften mit Bäckereien. Alle diese sind sehr erfolgreich. Zu manchen gehören ungefähr 2000 Mitglieder. Wohnungsgenossenschaften, Restaurants und Bäckereien gibt es wenige mit großem Erfolg. Eine seltene Genossenschaft ist eine Schule. In Reuport sind bereits drei derartige Anstalten. Es sind wahre Konsumgenossenschaften. Schüler, die sich für Universitäten und für das Geschäft vorbereiten, haben diese Anstalten organisiert und finanzieren und verwalten sie. Die Lehrkräfte werden von den Schülern angestellt und stehen unter ihrer Aufsicht gerade so wie die Angestellten irgendeiner anderen Genossenschaft.

Die Genossenschaftsbewegung in den Vereinigten Staaten schreitet in enger Verbindung mit der Gewerkschaftsbewegung vorwärts. Die Arbeiterbewegung fängt an, die Wichtigkeit der Genossenschaftsbewegung zu begreifen. Die große Masse der Arbeiter ist der Sache freundlich gesinnt und zwingt ihre Führer, sich dafür zu interessieren. Die Genossenschaftsbewegung wird bald ein Teil der Arbeiterbewegung werden.

Wir richten unser Augenmerk besonders auf die Bildung. Wir suchen der Arbeiterschaft die wahre Bedeutung der Genossenschaft beizubringen. Die Genossenschaftsbewegung hat zwei Hauptaufgaben zu erfüllen. Die eine besteht in der Ausbildung der Arbeiterschaft, damit sie die gesellschaftlich nötigen Industrien leite; die andere besteht in der Organisation der Leute, damit sie für sich selbst tun, was jetzt das kapitalistische Geschäft und der politische Staat für sie tun. Wir sollten es uns zur Aufgabe machen, eine freie Genossenschaft, eine freiwillige Genossenschaft, eine Genossenschaft mitwirkender Leute in jedem Lande zu gründen und sie zur mitwirkenden Genossenschaft der Welt vereinigen. Jede von kapitalistischem Geschäft verrichtete Tätigkeit kann nach der genossenschaftlichen Methode besser verrichtet werden. Jede nützliche Tätigkeit des politischen Staates kann von der mitwirkenden Genossenschaft besser verrichtet werden. Der Staat besitzt nur drei Institutionen, die die Genossenschaft nicht erhalten kann, nämlich Armee, Gefängnisse und eine bevorzugte Klasse. Die Genossenschaft ist in der Lage, alles außer diesen zu beschaffen.

Wir mitwirkenden Genossen sind dabei, eine bessere Zivilisation aufzubauen. Internationale Genossenschaftsbewegung ist der nächste Schritt. Wenn die Schiffe, die die sieben Meere befahren, der internationalen Genossenschaftsbewegung angehören, darf die Welt dem Frieden entgegengehen.

Zum Schluß gestatten Sie mir, Sie der Freundschaft der amerikanischen Genossen zu verschern. Wir verlassen uns auf Ihre Hilfe und Führung. Unsere Bewegung hat erst kaum angefangen.

Vielleicht dürfte es Sie auch interessieren, zu wissen, daß sowohl meine Frau als auch ich vorher und während des Krieges als Mitglieder antimilitaristischer Vereine zugunsten des Friedens arbeiteten und uns weigerten, in irgendwelcher Weise am Kriege teilzunehmen. Wir kommen zu Ihnen mit reinen Händen. Wir bestehen und beharren auf unserem einfachen Glauben, daß große internationale Fragen sich nicht durch das Hinschlachten von Menschen entscheiden lassen. Wir sind unwillkürlich gegen Krieg, in Kriegzeiten ebenso wie in Friedenszeiten.

Erleichterungen in der Ladung von Vormündern.

Die vormundschaftsgerichtliche Ladung von Vormündern, Pflegern usw. hat für diese häufig einen Verdienstausfall zur Folge, der dann besonders empfindlich ist, wenn sie, um zu der festgesetzten Stunde an Gerichtsstelle erscheinen zu können, eine Arbeitsschicht verlässeln müssen. In einer Verfügung des preussischen Justizministers vom 2. August wird angeordnet, daß dem berechtigten Wünsche nach Einschränkung dieser Fälle in möglichst weitem Umfang Rechnung zu tragen sei. Deswegen werde verfügt:

Ein Mittel hierzu bietet sich, zumal wenn die Arbeitszeit der Vormünder, Pfleger usw. zwischen Tag- und Nachtschichten wechselt, darin, daß ihnen, anstatt sie auf einen bestimmten Tag zu laden, eine Frist gesetzt wird, innerhalb deren sie an den für den Verkehr mit dem Publikum vorgesehenen Zeiten erscheinen können, oder daß ihnen freigestellt wird, zu einem von mehreren ihnen bezeichneten Zeitpunkten zu erscheinen. Soweit die gleichzeitige Anwesenheit des Mündels, der Mündelmutter, gegebenenfalls auch anderer Personen geboten ist, wird es vielfach den Vormündern überlassen werden können, diese Personen selbst zu dem in ihre Wohl gestellten Terminstage mitzubringen. Hiermit sollen nur Fingerzeige gegeben sein. Je nach den örtlichen Verhältnissen werden sich auch sonst geeignete Wege finden lassen, um Vormündern, Pflegern usw. — mögen sie der Arbeiterschaft oder einem anderen erwerbstätigen Stande angehören — die mit der Erfüllung ihres Amtes verbundene Belastung zu erleichtern. Hoffentlich wird die Anordnung überall beachtet.

Internationaler Achtfundentag in der Textilindustrie.

Kürzlich auf der internationalen Baumwollkonferenz, die in Manchester tagte, lehrte der stellvertretende Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Mr. H. B. Butler, ein in diesem Amte angestelltes Referat über die Arbeitszeit in der Textilindustrie vor, dessen hauptsächlichste Gedankenaussagen beachtenswert sind. In der Baumwollindustrie hängt die Leistung in sehr bedeutendem Maße von den mechanischen Einrichtungen ab, so daß von der Verkürzung der Arbeitszeit eine erhebliche Minderung der Produktion zu erwarten war. Untersuchungen, die in den Vereinigten Staaten und anderwärts vorgenommen wurden, zeigten jedoch, daß dieses Ergebnis durchaus nicht allgemein folgte. Mit einer Ausnahme haben alle feineren in Washington anwesenden Vertreter der Unternehmer für ein Uebererlassen, betreffend die Arbeitszeit, gestimmt, und wenn es von allen Staaten ratifiziert würde, wäre ein heftiges Gerede in der Frage der Arbeitszeitverkürzung sicher gestellt. Besonders bemerkenswert ist, daß Indien und Japan an der Washingtoner Versammlung teilnahmen. In Uebereinstimmung mit ihren Beschläüssen hat Indien bereits die wöchentliche Arbeitszeit von 72 auf 60 Stunden herabgesetzt und, wenn Japan das Uebererlassen ausführt, würde es in seiner gesamten Textilindustrie, mit Ausnahme der Seidenindustrie, die Arbeitszeit von 84 auf 57 Stunden in der Woche zu vermindern haben.

Geschäftliche Mitteilungen.

Rechtliche Werke in Kiel. Abgeschlossen mit der Kieler Herbstwoche findet in Kiel vom 15.-19. September die „Rechtliche Woche“ statt. Es sind 16 große Geschäftsmesse neuzuzetteln. Die Verweifen auf die heutige Angelegenheit im Intelligenzblatt.

Briefkasten der Redaktion.

Rechtliche Auskunft wird nicht erteilt.
B. A. H. Wir bitten dringend um Angabe Ihrer Adresse. Sie werden dann zu persönlicher Rücksprache in Ihrer Wohnung aufgesucht werden.

Wetterbericht bis Donnerstag mittags: Zeitweise heiter, jedoch ziemlich kühl und veränderlich bei mäßigen westlichen Winden, nur noch im Norden verschiedentlich leichte Regengüsse.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kongreß, Johanner
Johann Grzimek,
Charlottenburg, Selenbühner Str. 40, am 6. August gestorben ist.
Obere seinem Andenken!
Die Einäscherung findet am Mittwoch, dem 14. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Krematorium Friedrichstraße 90-91, statt.
Stille Beerdigung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Am 6. August, vormittags 10 1/2 Uhr, erkrankte sanft nach unheilbarem, kurzem und schwerem Leiden meine liebe hinterlassene Frau und Mutter
Martha Haab geb. Herbbe.
In tiefer Trauer
August-Marie, Wittwe, 68, Alfred-Allee, 106.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 11. August, nachmittags 4 Uhr, von der Kapelle des St. Nikolai-Friedhofes, Barluchtstr. 10, statt.

Soeben erschienen Soeben erschienen
G. Sinowjew
Die Kämpfe der Kommunistischen Internationale
Bericht über die Tätigkeit der Exekutive, gegeben auf dem III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, Moskau, Juni 1921
107 Seiten Preis brosch. 1,50 M., geb. 6 M.
Zu beziehen durch
Verlagsbuchhandlung Carl Hoym Nachf., L. Cohnhey, Hamburg VIII
und durch alle Buchhandlungen und Auslieferungsstellen der VKPD.

Kaufe ständig zu höchsten Preisen
Gold - Platin - Silber - Münzen
Neuhaus, Roßstr. 8
Bruch Ketten Ringe Uhren
Nähe Spittelmarkt Einkauf nur im Laden, nicht im Hof

Hain im Rain
Das Original aller Nagelpoliersteine
für ca. 1 Jahr ausreichend
Stück M. 5.— Ueberall zu haben.
KOPP & JOSEPH, BERLIN W 50
Potsdamer Straße 122.

Nutzeisen jeder Art:
Rund-, Flach-, Quadrat- u. Bandeisen, Gas-, Ziede-, Rohre, T-Träger u. U-Eisen, Feldschmieden und Umboße
sofort ab Lager lieferbar
Felix Kohls, Berlin C. 25, Dircksens tr. 12,
Störingplatz 12/72. Sehr billige Preise. Montag 12/72.

Prozesse,
Rat, Bestand, mäßige Preise, Teilzahlung, Ehe, Alimenten, Strafsachen, Steuern, Grundstücke.
Landgerichtsrat Dr. v. Kirchbach, Gesellschaft m. b. H., Alexanderstraße 45 (am Alexanderplatz, gegenüber Lietz) (9-7) Glänze Erlöse! Beobacht. Tel: Königst. 3995

Lebensmittel-Konzern
versorgt Ihren Haushalt mit Winterartikeln!
Verlangen Sie Prospekt!
Fr. Dürlich, Eubden (Spreewald).

Entfettungs-Tabletten
Warte „Sibaja“
das erfolgreichste und unschädlichste Mittel gegen Fettflecken.
Ohne Diätzwang.
Gewichtnahme bei ausgeprägtem Mäßigkeit.
Pellikan-Apotheke, Berlin, Cetscher Str. 93
an der Chausseestraße.
Zentrum 7755

Teilzahlung
gelatte jedem auf Herren- und Damenanzüge, Hüte und Regenmäntel, gute Qualität und ein garantierter 104-115 Grl. Umfragen erbitte unter Postlagerkarte 492, Berlin W 30.
Vorwärts-Trendende und Erfinder
Gute Verdienstmöglichkeiten! Aufklärung und Anregung! Abend- und Vorträge! Ein neuer Welt-Verband gratis!
J. Lehmann & Co., Berlin, Alingradler Str. 71.

Münzen
Sammlungen
kauft Ball, Berlin, Wilhelmstraße 44-47
Münzen
Handlung.
Inserate
im Vorwärts
bringen Erfolg!

